



Stadt. Land. GRÜN.

Das Wahlprogramm
für den Kreis Paderborn

Am **13.09.**

Grün wählen!

Zukunft entscheidet sich hier.



DIE KRISE ALS CHANCE BEGREIFEN

Begreifen wir doch diese Pandemie als Chance auf einen gesellschaftlichen Wandel! Die Welt nach dieser Zäsur kann solidarischer und nachhaltiger sein.

Diese Krise hat uns gezeigt, wie stark unsere Gesellschaft ist, aber auch, wo ihre Schwächen liegen: Solidarität und Kreativität auf der einen, jedoch Abhängigkeiten und fehlende Vielfalt auf der anderen Seite.

Mit dem Ende der Krise enden aber nicht die vielen Probleme, denen die Menschen nach wie vor gegenüberstehen. Diese Probleme zu benennen, die Weichen richtig zu stellen und sie gemeinsam zu lösen, ist die wichtigste Aufgabe in den kommenden Jahren. Nicht nur auf Bundes- und Landesebene muss ein Umdenken stattfinden. Auch hier vor Ort, im Kreis Paderborn, müssen wir die Lehren aus der Krise ziehen.

Die alarmierendsten Erkenntnisse der letzten Monate sind die wirtschaftlichen Abhängigkeiten, einhergehend mit der zu starken Fokussierung auf internationale Arbeitsteilung, die Bevorzugung von Interessenverbänden, die ungleiche Verteilung von Lasten und die geringe finanzielle Wertschätzung systemrelevanter Berufsgruppen. Die Corona-Pandemie offenbart, welche Herausforderungen uns in der sich verschärfenden Klimakrise erwarten, wenn der Kampf um lebensnotwendige Ressourcen beginnt.

Auch wir im Kreis Paderborn können und müssen jetzt daraus lernen und diesen Wandel mitgestalten, um für uns und unsere Kinder eine sicherere Zukunft zu erhalten. Dazu müssen wir unser Handeln stärker an den Bedürfnissen der Menschen, am Gemeinwohl und unserer Umwelt ausrichten.

Wir verstehen uns auf diesem Weg als Bündnispartei, die sich nicht an der Summe einzelner Interessen orientiert, sondern permanent an einer gelebten Gemeinsamkeit in Stadt und Land arbeitet. Dabei sind die Grundwerte Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und Frieden die Basis unserer politischen Arbeit.

Im folgenden Wahlprogramm haben wir aufgeschrieben, wie wir uns neue Wege vorstellen und längst Bewährtes stärken wollen. Uns ist klar, dass der Anspruch hoch ist. Jedoch haben wir jetzt in Corona-Zeiten gesehen, dass sich die Gesellschaft schnell verändern kann, wenn sie es denn muss.

Anders als Corona ist der Klimawandel eine dauerhafte Katastrophe: Das nächste Jahrzehnt wird uns bei der Bewältigung der Klimakrise fordern: Nur mit gemeinsamem, entschlossenem Handeln können und müssen wir deutlich mehr gegen die Klimaerhitzung tun als bislang.

Zukunft entscheidet sich hier! Mit den jüngst gemachten Lehren können wir dies als starke Gesellschaft auch im Paderborner Land schaffen. Das Signal für diesen Aufbruch haben wir vernommen und sind bereit den Wandel in Verantwortung herbeizuführen – für eine gemeinsame und lebenswerte Zukunft!



DEMOKRATIE OHNE ALTERNATIVE

GRÜN IST

Auch für das Paderborner Land gilt: Demokratie ist nicht vom Himmel gefallen, sie ist nicht selbstverständlich. Tag für Tag lebt sie von der Beteiligung aller an politischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung und von unserer Bereitschaft zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung und zum fairen Kompromiss. Ja, wir Menschen ticken unterschiedlich. Aber Rechte und Würde aller Menschen sind gleich. Eine offene demokratische Gesellschaft entwickelt sich stets weiter und tariert permanent die Regeln ihres Zusammenlebens neu aus.



Demokratie braucht Demokrat*innen

Wir GRÜNEN setzen uns für eine vielfältige Demokratie ein, zu der alle Menschen gleichberechtigten Zugang haben und so politische Gerechtigkeit gesichert wird. Die Demokratie ist erst dann verwirklicht, wenn Gestaltungs- und Entscheidungsmacht nicht mehr von Geschlecht oder Herkunft abhängt.

In einer starken und lebendigen Zivilgesellschaft mischen sich Menschen ein, engagieren sich für andere und gestalten unser Gemeinwesen mit: In Vereinen, Feuerwehren und Kirchen, in NGOs, in Bürgerinitiativen, bei Demonstrationen, in Communitys und Bewegungen. Dieses Engagement ist genau der Kitt, der unsere vielfältiger werdende Gesellschaft im Paderborner Land zusammenhält.

Wir GRÜNE fordern, Bürgerversammlungen mit Vorabdiskussionen auf einer Onlineplattform zu modernisieren und die Partizipation durch eine Fachstelle und eine Onlinebeteiligungsplattform unterstützen. Beteiligungsprozesse dürfen nicht im Nichts verlaufen, sondern müssen Konsequenzen haben, über die transparent informiert wird.

Ein Jugendparlament für den Kreis

Wir GRÜNE fordern, insbesondere die junge Generation an den politischen Prozessen aktiv zu beteiligen. Sie werden am längsten die Konsequenzen heutiger Entscheidungen zu tragen haben. Daher setzen wir GRÜNE uns für die Gründung eines Kreisjugendparlamentes und seiner Mitsprache ein. Dabei soll jede Schule im Kreis im Jugendparlament vertreten sein. Die Plätze werden von den Schüler*innen selbst und quotiert gewählt. Die Wahlen zum Kreisjugendparlament sollen alle zwei Jahre stattfinden. Bei der Wahl hat jede*r Schüler*in aktives und passives Wahlrecht. Dem Kreisjugendparlament soll die Chance gegeben werden, Anträge an den Kreistag zu stellen.

Demokratie braucht Wechsel

Demokratie verleiht allen Verantwortlichen Macht auf Zeit. Wir GRÜNEN treten dafür an, die absoluten Mehrheiten im Paderborner Kreistag zu brechen. Demokratie lebt vom Wechsel. Wir wollen, dass im neu gewählten Kreistag inhaltliche Argumente zählen und nicht mehr die Farbe des Briefkopfes. Wir setzen auf wechselnde, sachorientierte Mehrheiten und die Fähigkeit zu guten Kompromissen, die bei aller Pragmatik auch unser Zusammenleben im Kreis in Richtung Vision sozialer Gerechtigkeit und ökologisch-ökonomischer Nachhaltigkeit voranbringt.

In Entscheidungen einbeziehen

Zusätzlich zur Stärkung lebendiger Debatten im Kreistag und in seinen Ausschüssen setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass die Menschen frühzeitig in die Entscheidungen einbezogen werden. Gerade durch digitale Kommunikationswege sind Menschen heute nicht nur informierter, sondern jede*r Einzelne kann viel einfacher selbst zum/zur Akteur*in werden und hat zusätzliche Möglichkeiten zur Äußerung und Organisation eigener Interessen. Mit den Betroffenen gemeinsam können wir die Herausforderungen alltagswirklicher und passgenauer angehen.

Bürgerräte bieten die Chance, unsere repräsentative Demokratie zu stärken und zukunftsfest zu machen, indem sie die bewährten Prozesse der Willensbildung transparenter und weitere Möglichkeiten der Mitgestaltung schafft. Wir unterstützen diese Idee und wollen sie auch im Kreis auf den Weg bringen.

Hirn und Herz statt Hass und Hetze

Bei allen Formen des politischen Meinungsstreites innerhalb und außerhalb des Kreistags gilt aber eines: Kein Raum für Hass und Hetze. Menschenverachtende Äußerungen und gezielte Versuche, Minderheiten und Andersdenkende verächtlich zu machen und zu diskriminieren, werden wir weiterhin aufs Schärfste verurteilen und bekämpfen. Politiker*innen und Parteien, die die fundamentalen Werte unserer Verfassung negieren und aushöhlen und die demokratische Diskurse für Hass und Hetze missbrauchen, gehören nicht in den Kreistag: Keinerlei Raum für Faschisten, ihre Kumpane und Anhänger*innen im Paderborner Land.

DIGITAL ERÖFFNET CHANCEN

GRÜN IST

Die Digitalisierung muss den Menschen in unserem Kreis nützen. Alle Menschen sollen am digitalen Wandel teilhaben können. Nutzen wir die Chancen, Menschen, Politik und Verwaltung wieder näher zusammen zu bringen, das Technische und das Soziale zu vernetzen und die Teilhabe und Demokratie zu stärken.

*Die Digitalisierung ist aus dem Alltag der meisten Bürger*innen nicht mehr wegzudenken. Gleichzeitig verändert sie unseren Alltag wie keine Technologie zuvor. Auch auf kommunaler Ebene möchten wir versuchen, an diese Veränderungen anzuknüpfen und allen Bürger*innen eine Teilhabe ermöglichen.*

Wir sehen die Digitalisierung als große Chance für unseren ländlich geprägten Kreis. In der Zukunft wird es immer üblicher werden - gerade nach der Corona-Krise - auch im Homeoffice zu arbeiten.

Wir GRÜNE unterstützen alle Bestrebungen, die Nutzung von Geräten (Hardware) im Rahmen der Digitalisierung über den gesamten Lebenszyklus hinweg umwelt- und ressourcenschonend zu gestalten. In der Beschaffung ist darauf zu achten, dass die Ressourcen in der Herstellungsphase nachhaltig (= sozial + ökologisch) optimiert sind. In der Nutzungsphase ist hauptsächlich der Energieverbrauch und bei der Entsorgung die Einbindung in die Kreislaufwirtschaft zu berücksichtigen. Selbstverständlich ist auch durch Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik eine Optimierung des Ressourceneinsatzes möglich und zielführend. Eine Abwägung bezogen auf den Ressourceneinsatz sollte immer vorgenommen werden und zum Standard in Digitalisierungsprozessen gemacht werden.



Öffentlich kostenfreies WLAN

Wir GRÜNE wollen in Zeiten der Digitalisierung einen einfachen Zugang zum Internet im Kreis Paderborn bieten. Ein kostenfreies, flächendeckendes WLAN-Netz ist da naheliegend, denn ein frei zugängliches WLAN ermöglicht Bürger*innen einiges. So können Informationen von unterwegs eingesehen werden z.B. um Reisen mit Bus und Bahn zu planen.

Weiterhin ermöglicht es Bürger*innen ohne eigenen Internetzugang die Teilhabe am digitalen und sozialen Leben und kann Lücken in der mobilen Internetversorgung überbrücken.

Dank der Initiative Freifunk ist Paderborn bereits besser mit kostenfreiem WLAN ausgestattet als viele andere deutsche Städte. Daher wollen wir Initiativen wie z.B. Freifunk weiter unterstützen und somit eine flächendeckende Versorgung im Kreis sicherstellen. Neben finanzieller Unterstützung möchten wir gerne Liegenschaften des Kreises für Richtfunkstrecken zur Verfügung stellen.

Digitaler Wandel benötigt eine gute digitale Infrastruktur

Damit alle Menschen in unserem Land vom digitalen Wandel profitieren können, ist es notwendig, dass insbesondere die ländlichen Räume eine starke digitale Infrastruktur erhalten. Denn Firmen werden sich nicht in der digitalen Wüste ansiedeln. Und Menschen müssen dann auch in Zukunft lange Arbeitswege in Kauf nehmen, wenn Homeoffice für sie keine Alternative darstellt.

Auf Bundesebene wurde es in den vergangenen Jahrzehnten leider versäumt, dafür zu sorgen, dass eine zukunftsfähige, digitale Infrastruktur zur Grundversorgung der Menschen wird.

Daher sind wir froh, dass der Kreis Paderborn sich in den vergangenen Jahren auf den Weg gemacht hat, diese Lücke zu schließen und dabei auf Glasfasertechnik setzt. Dieser Weg muss bis zum Ende gegangen werden, damit jeder Haushalt und jeder Betrieb die Möglichkeit hat, eine gute Breitbandanbindung zu erhalten. Das muss auch die entlegenen Orte im gesamten Kreis einschließen.

5G-Handynetz

Beim Ausbau des neuen 5G-Handynetzes hat es die Bundesregierung erneut verpasst, flächendeckend für eine mobile Abdeckung zu sorgen. Die Fokussierung auf die Versorgung der großen Städte schafft Spannungen zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung. Eine gesetzliche Grundsicherung wäre möglich gewesen und hätte für eine Chancengleichheit gesorgt.

Wir GRÜNEN wollen alles uns Mögliche tun, um diesen Makel zu beheben, damit auch in Zukunft der ländliche Raum im Kreis Paderborn nicht benachteiligt wird.

Private Daten sichern - öffentliche Daten veröffentlichen

Die persönlichen Daten der Menschen im Kreis Paderborn müssen bestmöglich gesichert werden. Datenlecks müssen verhindert und es muss aktiv nach Schwachstellen gesucht werden. Wenn immer mehr Daten digital zur Verfügung stehen und Prozesse und damit auch immer mehr Schnittstellen geöffnet werden, wird es auch zu mehr Begehrlichkeiten von kriminellen Menschen führen. Diesen ist durch organisatorische Maßnahmen proaktiv zu begegnen.

Genau umgekehrt verhält es sich mit den öffentlichen Daten. Durch das Informationsfreiheitsgesetz hat sich der Zugang zu den Daten bereits deutlich verändert. So steht es nun allen Bürger*innen offen, Akteneinsicht zu beantragen. Dies ist aber ein Prozess mit vielen Hürden, der viele Menschen abschreckt, daher sollten diese Daten öffentlich zugänglich gemacht werden, ohne, dass man dies beantragen muss. Nur in begründeten und dokumentierten Einzelfällen sollen die Daten teilweise oder ganz als vertraulich eingestuft werden.

Relevante Planungen und weitere Informationen, die Bürger*innen angehen und betreffen, müssen frühzeitig über das Internet veröffentlicht werden. Zudem sollten alle Beschlussvorlagen inklusive der Anlagen öffentlich und digital verfügbar sein. Verträge des Kreises müssen verständlich und transparent sein. Wo es rechtlich zulässig ist, müssen sie öffentlich sein. Dabei ist es zwingend notwendig, dass alle Daten möglichst digital verarbeitet werden können. Das fördert echte Bürger*innenbeteiligung und Transparenz. Aktuell ist zwar der Kreishaushalt digital im Internet veröffentlicht, er kann aber nicht ohne weiteres ausgewertet werden, da das Dokument nicht von einer Statistiksoftware verarbeitet werden kann. Insbesondere ein Haushalt sollte keine Geheimnisse in sich tragen.

Bislang werden die Themen zur Digitalisierung hauptsächlich in nicht öffentlichen Arbeitskreisen behandelt. Wir GRÜNE fordern, dass diese Themen zukünftig in einem dafür zuständigen Fachausschuss behandelt werden.

Förderung und Nutzung freier Software

Wenn öffentliche Gelder für die Entwicklung von Software ausgegeben werden, so sollten die Ergebnisse auch für alle Bürger*innen zugänglich und einsehbar sein. Deshalb unterstützen wir die „Public money, Public code“-Kampagne der Free Software Foundation Europe. So kann die Allgemeinheit davon profitieren und es können Fehler besser gefunden werden. So macht man sich nicht mehr von externen Firmen abhängig – insbesondere mit Blick auf Datenschutz, Sicherheit und Wartbarkeit.

Insbesondere ein Umstieg der Verwaltung auf nicht-hersteller-gebundene Software würde eine Arbeit im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung vereinfachen. Weiterhin vertraut man durch Nutzung von Open Source Software nicht einer einzigen Firma die Sicherheit der gesamten eigenen Systeme an.

Im Alter digital mobil

Digital mobil im Alter sein bedeutet mehr Optionen zu haben und gesellschaftliche Teilhabe. Denn die meisten älteren Menschen möchten unbedingt selbstständig in ihrem häuslichen Umfeld bleiben. Digitales Know-How fördert eine möglichst lange Eigenständigkeit und vor allem Unabhängigkeit.

Wir GRÜNEN fordern die Technikbegleitung von allen, die Hilfe beim Erlernen des Umgangs mit technischen Geräten, digitalen Medien und internetbasierten Diensten benötigen. Wir setzen uns für Technikbotschafter*innen ein, die als bürgerschaftlich engagierte Personen Ältere beim Umgang mit technischen Geräten und digitalen Medien unterstützen und so die Technik- und Medienkompetenz der Älteren fördern.

VOLLER ENERGIE FÜR KLIMASCHUTZ

GRÜN IST

Der Schutz des Klimas ist die wohl größte Herausforderung der Menschheit. Die jetzige Generation stellt durch ihr Handeln die Weichen für eine lebensfreundliche Zukunft für die kommenden Generationen. Und die Jüngsten von uns werden am längsten mit den Folgen unserer Entscheidungen leben.

Die vom Menschen verursachte Klimakrise ist in den letzten Jahren spürbarer als je zuvor geworden: Weltweit haben extreme Wetterereignisse wie Stürme, Starkregen, Hitze und Dürren stark zugenommen. Das Artensterben hat neue Dimensionen erreicht.

Wir kämpfen für Klimaschutz. Durch gemeinsame Schritte wollen wir unseren Beitrag im Kreis Paderborn leisten, um den Klimaschutz vorwärts zu treiben. Denn wir wollen das Leben für uns und kommende Generationen weiterhin lebenswert erhalten. Unter dieser Voraussetzung muss jede Entscheidung auf Klimarelevanz geprüft werden.

Die Klimakrise ist vor allem das Ergebnis einer fehlgeleiteten Energiepolitik. Wir setzen darum auf den Ausbau der Windkraft im Dialog mit der Bevölkerung sowie eine intensiver genutzte Solarstromerzeugung. Nahwärmenetze und Gebäudedämmung sowie Energieerzeugung aus Abfall schreiben wir uns auf unsere Fahnen.



Stromerzeugung

Der Kreis Paderborn ist wegen seiner günstigen geographischen Voraussetzungen landesweit führend bei der Erzeugung von Ökostrom. Der Kreis Paderborn war damit der erste „100 %-Kreis“ in Nordrhein-Westfalen. In der Stadt Lichtenau wird dank Windenergie sogar 10-mal so viel Strom erzeugt wie im Stadtgebiet verbraucht wird. Die Gewerbesteuer aus Windkraft macht in Lichtenau die Hälfte des Gesamtaufkommens aus. Auf diese Bilanz sind wir stolz.

Regionale Windkraftanlagen helfen nicht nur den CO₂-Ausstoß zu senken, sondern machen uns unabhängiger von Importen fossiler Brennstoffe aus politisch instabilen Regionen. Zudem schaffen wir nachhaltige Arbeitsplätze und eine krisensichere Einnahmequelle in der Region und verkürzen die Strom-Transportwege.

Wir dürfen und werden uns auf dem Erreichten nicht ausruhen. Der Bedarf an erneuerbarer Energie wird im nächsten Jahrzehnt auch durch die Umstellung unserer Industrie auf CO₂-neutrale Verfahren, die Wärmewende und die zunehmende Elektromobilität weiter steigen.

Tragende Säule der bisherigen Bilanz im Kreis Paderborn ist mit einem Anteil von fast 90 Prozent die Windkraft. 517 Windenergieanlagen drehen sich im Kreis (Stand: 01.01.2020). Aber auch im Kreis Paderborn gibt es noch ungenutzte Windenergiepotentiale. Vor allem durch das sogenannte Repowering - also den Ersatz alter Anlagen durch leistungsstärkere neue Anlagen - kann die Energieausbeute aus Wind noch gesteigert werden. Außerdem sollte im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben geschaut werden, wie die Kapazitäten weiter erhöht werden können, um den steigenden Energiebedarf zu decken.

Die Kommunen müssen im Rahmen der kommunalen Planungshoheit weiterhin die Möglichkeit haben, die Windenergienutzung planerisch zu steuern, so wie das zum Beispiel in Lichtenau im weitgehenden Konsens mit allen Beteiligten gelungen ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das öffentliche Interesse an einer noch besseren Nutzung der Windenergie mit den berechtigten Interessen von Anliegern und mit den Belangen des Umwelt-, Vogel- und Artenschutzes möglichst gerecht abgewogen wird. Neben der Windenergienutzung kommt der Photovoltaik bei der Umsetzung der Energiewende im Kreis Paderborn eine entscheidende Rolle zu.

Lange Zeit haben die Kommunen sich bei der Erzeugung von Solarstrom vor allem wegen wirtschaftlicher Bedenken zurückgehalten. Die Vorbehalte konservativer Kreise gegen Investitionen in die Photovoltaik gehören auch dank grüner Überzeugungsarbeit der Vergangenheit an. Längst ist die Erzeugung von Solarstrom auf kommunalen Gebäuden zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Aber es ist noch viel Luft nach oben! Wir werden uns dafür einsetzen, dass vor allem die Solarstromerzeugung auf Dachflächen im Kreisgebiet noch deutlich intensiviert wird. Instrumente dazu sind zum Beispiel eine unabhängige Beratung von Hauseigentümer*innen und Bauwilligen durch die Kommunen, aber auch entsprechende Festlegungen in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen. Die Kommunen sollen die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen weiter ausbauen und auch in die Vermarktung von regionalem Ökostrom einsteigen. Dabei soll der Kreis Paderborn Vorbild und Antreiber sein.

Energetisches Bauen und Wärmeversorgung

Immer mehr Haushalte und Gewerbebetriebe heizen mit einer Wärmepumpe, die mit Strom vom eigenen Dach versorgt wird. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Wärmeversorgung ist im Kreis Paderborn dennoch insgesamt nur durchschnittlich. Vor allem die Nutzung der Solarthermie stagniert aufgrund schlechter politischer Rahmenbedingungen. Es dominiert noch immer die Versorgung mit Erdgas, in einigen Orten wird sogar noch mit Öl geheizt. Wir wollen, dass zur Wärmeerzeugung im Neubau ausschließlich erneuerbare Energien genutzt werden. Bestandsbauten sind energetisch zu sanieren, um eine Umstellung auf erneuerbare Heizungssysteme zu ermöglichen. Der Ausbau von Nahwärmenetzen (zum Beispiel im Umfeld von Biogasanlagen oder bei der Erschließung von Neubaugebieten) soll gefördert und unterstützt werden.

Bei kommunalen, privaten und gewerblichen Neubauten und Gebäudesanierungen soll der Passivhausstandard angestrebt werden, um vor allem den Wärmebedarf zu minimieren. Die energetische Sanierung von Gebäuden soll mit Unterstützung des Kreises Paderborn und der Kommune beschleunigt werden. Die Sanierungsquote muss deutlich erhöht werden. Wir wollen, dass „energetisches Bauen“ zum Schwerpunkt der Energie- und Klimaschutzpolitik im Kreis Paderborn wird.

Klimanotstand

In vielen Kommunen in Deutschland ist der „Klimanotstand“ ausgerufen worden – nicht jedoch im Kreis Paderborn. Aufgrund der bisherigen Mehrheitsverhältnisse im Kreistag und in den Räten war das nicht durchsetzbar. In einigen Kommunen wird sogar die Erstellung von Klimaschutzkonzepten noch immer mehrheitlich abgelehnt.

Wir wollen mit neuen Mehrheiten im Kreistag und in den Räten neuen Schwung in die Klimadiskussion bringen. Es reicht nicht aus, kommunale Entscheidungen lediglich auf ihre Klimarelevanz zu prüfen und ein Lippenbekenntnis zur CO₂-Neutralität abzugeben. Wir wollen Klimarelevanz zu einem verbindlichen Entscheidungskriterium machen und CO₂-Neutralität zu einem verbindlichen Ziel mit verkürzten Umsetzungsfristen. Entsorgungs- und Energiezentrum Alte Schanze

Der Ausbau des Entsorgungszentrums Alte Schanze zu einem Zentrum für erneuerbare Energien war bereits in den 1990er Jahren ein Ziel grüner Politik, wurde aber von einer konservativen Mehrheit blockiert. Gemäß dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“ konnten politische Widerstände im Laufe der Zeit jedoch überwunden werden. So ist aus der Vision nach und nach Realität geworden. Zuerst wurde Deponiegas genutzt, dann ein Nahwärmenetz errichtet. Inzwischen erzeugt die kreiseigene AVE GmbH auf dem Deponiegelände auch Solarstrom und nutzt die Windenergie. Wir wollen, dass diese Aktivitäten des Kreises Paderborn im Bereich der Energieerzeugung verstärkt und auf Bereiche außerhalb des Deponiegeländes ausgeweitet werden.

TRANSPARENTE FINANZEN

GRÜN IST

Der Kreishaushalt ist das politische Element, das die Weichen für das Handeln des Kreises für ein ganzes Jahr stellt. Seine Inhalte sind kompliziert und vielschichtig. Umso mehr müssen die Ziele des Haushalts verständlich und transparent dargestellt werden.

Verantwortungsvoll haushalten

Der Kreishaushalt finanziert sich über Umlagen, deren Höhe der Kreis selbst festlegt und die von den zehn Kommunen im Kreis Paderborn bezahlt werden müssen. Darum ist es besonders wichtig, dass verantwortungsvoll mit dem Finanzbedarf umgegangen wird. Der Kreis hat durch sein Wirken aber auch eine hohe soziale und gesellschaftliche Verantwortung, der Rechnung getragen werden muss. Um mehr Menschen an solch zentralen demokratischen Prozessen zu beteiligen, muss der Haushalt deutlich transparenter gestaltet werden. Dazu gehört auch, die politischen Ziele, die hinter den Zahlen stehen, sichtbar zu machen.

Diese Ziele müssen über den gesamten Haushalt dargestellt werden. Sie müssen insbesondere die soziale Verantwortung, den Schutz unserer Umwelt und die Herbeiführung der Klimaneutralität im Kreis bis 2030 beinhalten. Dementsprechend wollen wir die klimaschädliche Subventionierungen des Flughafens Paderborn-Lippstadt stoppen.

Die durch SARS-CoV-2 ausgelöste Pandemie hat auch die Kommunen in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht. Die seit 2020 geltende Schuldenbremse nimmt dem Kreis und den Kommunen hierdurch jegliche finanzielle Spielräume. Hier sind Land und Bund gefordert, um zum einen die Schuldenbremse außer Kraft zu setzen und zum anderen den Kommunen deutlich unter die Arme zu greifen.

Schuldenabbau ist ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Aber bislang geplante Investitionen sollen weiterhin durchgeführt werden, um die wirtschaftliche Verunsicherung nicht auch noch zu steigern. Wir werden darauf achten, dass keine Belastungen in die Zukunft verschoben werden. Gebäude, Straßen, Brücken müssen deshalb laufend instandgehalten und versäumte Sanierungen müssen nachgeholt werden. Bei einem Bauprojekt beispielsweise müssen die Folgekosten konsequent berücksichtigt werden, auch, um Energieeinsparungen ökonomisch darzustellen. Und weil sich die Bevölkerungsstruktur verändert, ist es wichtig, Gebäude so zu konzipieren, dass sie nicht nur dem heutigen Zweck dienen, sondern auch umgewidmet und gemeinschaftlich genutzt werden können.

RWE-Aktien

Wir wollen die RWE-Aktien endlich verkaufen. Denn seit der Aufnahme in die Eröffnungsbilanz im Jahr 2008 hat das Aktienpaket einen Wert von 80 Millionen Euro verloren. Der Paderborner Kreistag hat 2008 beschlossen, die RWE-Aktien zu einem Preis von 87,30 Euro je Aktie zu verkaufen. Doch dieser Preis wurde seitdem nie erreicht. Auch ist der Behalt der Aktien das falsche Signal: Wir setzen nicht auf Braunkohle, sondern auf erneuerbare Energien. Also weg mit Anteilen einer Firma, die den Hambacher Forst weiter bedroht und die für Enteignung und Dorfzerstörung steht.



FRAUEN AN DIE SPITZE

GRÜN IST

Immer noch sind Frauen in den meisten gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert. Das trifft auch auf die Paderborner Kommunalpolitik und die Kreisverwaltung zu. Wir GRÜNEN sind nach wie vor die einzige Partei, die es mit der Geschlechtergerechtigkeit ernst meint und mindestens jeden zweiten Platz auf Wahllisten mit einer Frau besetzt. Die GRÜNEN stehen für eine moderne Gleichstellungspolitik, die wir als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern begreifen.

„Die Hälfte der Macht den Frauen, die Hälfte der Arbeit den Männern“ – das ist noch nicht erreicht. Noch immer übernehmen Frauen die Hauptaufgabe in der Erziehung von Kindern und der Pflege von Angehörigen. Noch immer sind in den

Führungs- und Leitungsebenen von öffentlichen Unternehmen, von Behörden und Ämtern, sowie privaten Unternehmen Frauen unterrepräsentiert.

Wir treten für eine konsequente Frauenförderpolitik und eine Überprüfung aller Beschlüsse des Kreistages auf ihre Auswirkungen auf Geschlechtergerechtigkeit ein.

Wir wollen, dass die Hälfte der Führungspositionen, also die Amtsleiter, Dezernenten und Geschäftsführungen der kreiseigenen Gesellschaften, mit Frauen besetzt werden. Nach wie vor brauchen Frauen und Mädchen – auch und besonders solche mit Migrationshintergrund – eine funktionierende und angemessene Infrastruktur. Wir setzen uns dafür ein, die existierenden Beratungsstellen, Betreuungseinrichtungen und Freizeitangebote zu erhalten und nach Möglichkeit auszubauen. Besonders den Problemen und Bedürfnissen der Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund soll durch spezielle Angebote Rechnung getragen werden.



Konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention (Europäisches Übereinkommen gegen Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt)

Die Konvention ist sehr bedeutsam und kann bei konsequenter Umsetzung einen großen Beitrag dazu leisten, Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder wirksam und nachhaltig zu bekämpfen und zu verhindern.

In Artikel 23 werden die Vertragsstaaten aufgefordert, notwendige Maßnahmen zu treffen, um von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern geeignete, leicht zugängliche Schutzunterkünfte in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen.

In Artikel 26 fordert die Konvention Schutz und Unterstützung für Kinder sicherzustellen, die Zeugen von Gewalt sind. Ihre Rechte und Bedürfnisse sollen dabei gebührend berücksichtigt werden.

Artikel 31 fordert, Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt in Sorge- und Umgangsverfahren angemessen zu berücksichtigen.

Zur Zeit erleben wir in ganz Deutschland, in Europa und weltweit das Erstarken und die Wiederauferstehung von rückwärtsgewandten, rechten, frauenfeindlichen, rassistischen, nationalistischen Politiken. Die antifeministische Männerbewegung und maskulinistischen Väterrechtler gewinnen damit an Einfluss. Wir laufen große Gefahr, dass mühsam und unter großen Opfern erstrittene Rechte in Frage gestellt und demontiert werden.

Im NRW Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung hält man z.B. die Istanbul-Konvention für Makulatur. Das ist erschütternd und macht deutlich, dass diese Rechte nichts wert sind, wenn sie nur auf dem Papier stehen und nicht in die Realität umgesetzt werden. Konkret drückt sich das z.B. darin aus, dass bei der Berechnung von notwendigen Frauenhausplätzen die Empfehlung der Konvention und damit im Besonderen die für Kinder benötigten Plätze komplett ausgeblendet werden.

Wir fordern

- den Ausbau der Frauenhausinfrastruktur im Kreis Paderborn
- Umfassende Schulungen der Mitarbeiter*innen des Jugendamtes bzgl. Häuslicher Gewalt und der Folgen
- Auskömmliche Finanzierung der Frauenberatungsstellen sowie der Männerberatungsstelle

INNERE SICHERHEIT

GRÜN IST

Viele Menschen fühlen sich auch im Kreis Paderborn durch Kriminalität bedroht, obwohl Deutschland eines der sichersten Länder der Welt ist. Wir stellen diesem Spannungsverhältnis das Konzept einer personell und materiell gut ausgestatteten Polizei entgegen. Eine auf rechtsstaatlichen Prinzipien beruhende Polizei ist für eine freie und offene Gesellschaft Grundvoraussetzung. Dies wird in den gegenwärtigen krisenhaften Zeiten besonders deutlich.

Polizei in der Fläche

Kriminalitätsschwerpunkte, die sich auch in Paderborn feststellen lassen, müssen durch eine noch weiter ausgebauten Zusammenarbeit zwischen den Ordnungsbehörden und der Polizei angegangen werden. Eine flächendeckende Massenüberwachung lehnen wir ab.

Auch wenn das überwiegende Einsatzaufkommen im Stadtbereich Paderborn liegt, so ist es dennoch unerlässlich, das Sicherheitsempfinden auch der neun weiteren kreisangehörigen Städte in keinsten Weise zu vernachlässigen. Die Polizei muss auch zukünftig in der Fläche präsent sein.

Prävention ausbauen

Vorsorge ist besser als Nachsorge: Wir wollen die Präventionsarbeit ausbauen. Prävention kann, was keine Technik, keine Kamera dieser Welt kann: Demokratie stärken und Straftaten im Vorfeld verhindern. Präventionsprojekte wie das seit 2014 bestehende Haus des Jugendrechts in Paderborn sind personalintensiv und deren Erfolge oft erst auf lange Sicht messbar. Personal-mangel darf nicht zu einer Schwächung dieser Projekte führen.



KULTUR ERLEBEN

GRÜN IST

Kultur im Paderborner Land bereichert und beflügelt das Leben und ist ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsfürsorge. Deshalb werden wir GRÜNEN die kulturelle Vielfalt, die Kulturschaffenden und ihr Publikum fördern. Grüne Kulturpolitik will Voraussetzungen schaffen, das kulturelle Schaffen im Kreis in seiner ganzen Vielfalt zu ermöglichen und Räume für Kreativität zu öffnen.

Wir denken Kultur ganzheitlich: Als eine Mischung von Hoch- und Subkultur gleichermaßen Theater, Museen, Galerien, Ausstellungen, aber auch Kleinkunst, Performances, Poetry Slam, Graffiti, Kneipenlesungen und dergleichen. Das umfasst bestehende Angebote ebenso wie neue, spannende Initiativen.



Startup-Beratung für junge Künste

Unser herausragendes Ziel in den kommenden Jahren wird es sein, eine personell und inhaltlich stark aufgestellte Startup-Beratung für junge Bands, Künstler*innen, Kulturtreffs und Kulturvents, aber auch neue Kulturinitiativen anbieten zu können.

Kulturfonds auflegen

Deshalb wollen wir einen Fonds anlegen, um bestehende und neue Kulturangebote zu fördern, die dann kreisweit erlebbar sein sollen. Daraus kann auch die temporäre Zwischenstands-Nutzung von Gebäudeleerständen als Raum für Kultur finanziert werden.

Um kulturelle Vielfalt im Kreis zu gestalten, wollen wir Kulturschaffende ermutigen, sich und ihre Projekte im Kulturausschuss vorzustellen. Dabei sollen sie weitgehendst in die politischen Beratungsprozesse eingebunden werden.

Wie die wachsende Nachfrage und Unterstützung gerade im Südkreis zeigen, ist der Bücherbus für die Orte ohne eigene Büchereien unverzichtbar. Wir fordern, dass bei der Entscheidung über das Nachfolgemodell nicht nur ökonomische, sondern auch ökologische Kriterien berücksichtigt werden.

Kultur im ganzen Kreis erlebbar gestalten

Mit der Ausbildung und Förderung musikalischer Talente erschließt, bereichert und verknüpft die Kreismusikschule das kulturelle Leben im Paderborner Land. Diesen Zusammenklang wollen wir fördern und das Kooperieren mit Schulen und Vereinen intensivieren und dabei auch die musikalische Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft berücksichtigen.

Im Bereich der Kinder- und Jugendkultur wollen wir Projekte und Initiativen fördern, die das kulturelle Bewusstsein in diesem Alter entwickeln. Dazu gehört sowohl, dass man Kultur entdeckt, als auch eigene Kreativität entfaltet, wie etwa beim Projekt Kulturstrolche.

Um in Städten und Gemeinden Angebote der Kreismuseen, der Nordwestdeutschen Philharmonie (NWD) und des Theaters erlebbar zu machen, wollen wir dezentrale Teilausstellungen,

Konzerte und Theaterworkshops ermöglichen. Dafür sollen auch die seit der Corona-Krise entwickelten neuen digitalen Formate einbezogen und mit der OWL-Kultur-Plattform verknüpft werden. Als Kreis stehen wir in der Verantwortung, weiterhin anteilig das Theater Paderborn und auch die NWD mit zu finanzieren, um deren Existenzen nicht zu gefährden.

Wir GRÜNE werden uns für eine Buslinie engagieren, die die kulturellen Highlights der Region verbindet. Idealerweise wird dies eine Hop-on Hop-off Rundlinie sein, gefahren von Bussen, in denen auch kulturelle Darbietungen möglich sein sollten.

Wir wollen kritisch überprüfen, in welchem Rahmen wir auch im Historischen Museum des Hochstifts Paderborn die Eintrittspreise entfallen lassen können, um einkommensunabhängig den Menschen die Identifikation mit der Heimat im Museumsraum zu ermöglichen. Gleichzeitig gilt es, die Kulturfördertöpfe von Land und Bund konsequent in Anspruch zu nehmen.

Kultur vielfältig denken und für alle hier Lebenden erlebbar machen heißt auch, neue Initiativen zu fördern, die ansässige und neu zugezogene Menschen im Kreis miteinander verbinden. Hierfür wäre eine Verstärkung der Vielsprachigkeit auf Broschüren, in Audioguides und Erklärtexten notwendig. Dies würde auch dem Tourismus zu Gute kommen.

Aktive Kultur des Erinnerns

Wir GRÜNE sehen uns im Kreis in der besonderen Verantwortung für die Gedächtniskultur angesichts der jüngsten historischen Vergangenheit dieser Region. Gerade in Zeiten zunehmender rechtsterroristischer Gewalt bildet eine differenzierte Kultur des Erinnerns ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung von Demokratie.

Neben der verdienstvollen Arbeit der Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg muss der Kreis aktiv die Bemühungen unterstützen, das Kriegsgefangenenlager "STALAG 326 (VI K)Senne" als nationale Gedenkstätte zu etablieren.

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der Kreis sich aktiv an der historischen Aufarbeitung und Gestaltung als Erinnerungsort des sogenannten „Russenweg“ oder „Russenpatt“ und des Lagers Staumühle beteiligt.

Angesichts des wachsenden Antisemitismus in unserem Land, der sich von den Stammtischen auch auf die Schulhöfe ausgebreitet hat, setzen wir GRÜNEN uns für die Intensivierung der Erinnerungskultur, insbesondere rund um den 9. November, den 27. Januar sowie den 2. April ein. Es gilt, Sorge zu tragen, dass Geschehenes nicht in Vergessenheit gerät und auch junge Menschen sich ihrer geschichtlichen Verantwortung bewusst werden und bleiben. Deshalb unterstützen wir den Gedanken, Schüler*innen bei Vorbereitung und Durchführung von Gedenkveranstaltungen aktiv einzubeziehen.

LANDWIRTSCHAFT MIT HALTUNG

GRÜN IST

Der Kreis Paderborn ist von jeher ländlich geprägt und strukturiert. Die heimische Landwirtschaft ist ein Rückgrat unserer Kulturlandschaft [und der Dörfer]. Wir Grüne setzen uns ein für eine vielfältige nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft, die schmackhafte, fair bezahlte regionale Lebensmittel erzeugt und die Tiere artgerecht hält.

*Die alten Vorurteile wiederzukäuen und sich wechselseitig Vorhaltungen zu machen, bringen uns nicht weiter. Denn wir brauchen Landwirtschaft mit Haltung. Wir erleben ein deutliches Umdenken bei Landwirt*innen und den Verbraucher*innen. Mit ökologisch nachhaltigen und ökonomisch überzeugenden Produktionsprozessen ermöglichen und bewahren Landwirt*innen die Artenvielfalt in der Agrarlandschaft und schonen Umwelt und Klima.*

Aber gerade die kleineren Bauernhöfe sind stark gefährdet und dabei doch von fundamentaler Bedeutung für lebendige Dörfer, unsere starke ländliche Region und eine vielfältige artenreiche Agrarstruktur.

Gleichzeitig werden Arten der „industriellen Landwirtschaft“ zunehmend kritisch hinterfragt. Boden- und umweltbelastende Ackerbauformen und eine Konzentration in der Nutztierhaltung, wie sie noch bis vor wenigen Jahren nicht vorstellbar erschien, stoßen in unserer Gesellschaft, deren Mitglieder sich immer weiter von der Produktion ihrer Lebensmittel entfernen, auf wachsende Inakzeptanz.

Wir GRÜNE setzen auf

- *eine Tierschutz-gerechte und flächengebundene Landwirtschaft.*
- *ausschließlich artgerechte Tierhaltung.*
- *eine regionale Vermarktung und regelmäßiger Märkte.*
- *eine Reduzierung der Gülle in unserer Region, so dass wir sukzessive wieder zu einer regionalen Flächenbindung kommen.*
- *eine Kooperation mit Schulen und Kindergärten, um Kinder über die Herstellung von Lebensmitteln aufzuklären.*

Nachhaltige Nutzung

Wir unterstützen daher besonders auf nachhaltige Nutzung ausgerichtete Wirtschaftsweisen. Die Anzahl der Betriebe ohne artgerechte Tierhaltung haben in den letzten Jahren einen massiven Anstieg verzeichnet. Auf vielen Freiflächen in der Natur- und Kulturlandschaft, auf denen Wohnbebauung niemals zulässig wäre, entstehen industrieartige Mega-Mastanlagen. Diese schaden der Umwelt, belasten durch ihre Gülle unser Grund- und Trinkwasser, sind aus tierschützerischen Gründen abzulehnen und nutzen auch nicht der Entwicklung der Landwirtschaft insgesamt.

Um die aus Überdüngung resultierenden Emissionen und Nitratbelastungen von Böden, Gewässern und Grundwasser zu reduzieren, muss die Tierhaltung weiterhin an die Fläche und die



Produktion von Futter gebunden bleiben. Bäuerliche Viehhaltung und Ackerbewirtschaftung sind zwei Seiten derselben grünen Medaille.

Mit regionalen Produkten bäuerlichen Betriebe eine Zukunft geben

Landwirt*innen müssen auskömmlich leben können. Wir wollen das Höfesterben stoppen und die bestehenden Betriebe bei der Umstellung auf artgerechte Haltungsformen und nachhaltige Ackerbauverfahren und Biolandbau unterstützen.

In der regionalen Vermarktung von Lebensmitteln liegt eine große Chance für kleinere Betriebe, denn die Nachfrage nach guten regionalen Lebensmitteln ist hoch, doch das Angebot gering. Unabhängig vom Lebensmitteleinzelhandel können so gute auskömmliche Preise erzielt werden.

Darüber hinaus erhöht die Direktvermarktung in Hofläden oder auf Wochenmärkten das gegenseitige Verständnis und die Identifikation mit unserer Region. Wo Produkte regional hergestellt, verarbeitet und konsumiert werden, bleibt die Wertschöpfung und die Kaufkraft in der Region. Regionale Wirtschaftskreisläufe sind im Hinblick auf die Klimakrise von großer Bedeutung, denn kurze Wege schonen Umwelt und Klima.

Viele Bäuerinnen und Bauern sind oft mit Bürokratie und Förderanträgen überfordert und wagen nicht den Schritt in die Regionalvermarktung. Dazu fehlen übersichtlich gestaltete regionale digitale Vermarktungsplattformen, so dass regionale Produkte gut gefunden werden.

Flächen erhalten

Nur elf Prozent des gesamten Bodens auf der Erdoberfläche sind landwirtschaftlich nutzbar - und bei der ständigen Zerstörung des Ackerbodens durch Winderosion, Überschwemmungen, Versalzungen, Überdüngungen und Flächenversiegelung wird der Boden bei wachsender Weltbevölkerung bald nicht mehr ausreichen, um die Menschen zu ernähren. Wir wollen eine Landwirtschaft, die in kleinen Einheiten für die regionale Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln sorgt, mit nachhaltiger Sorge für den Ackerboden.

90 Hektar wertvoller Freiflächen gehen in Deutschland pro Tag (!) durch Bebauung verloren – zehn davon in NRW. Um den immer kleiner werdenden verbleibenden Rest müssen unter anderem Landwirtschaft und Naturschutz miteinander konkurrieren.

Der Kreis Paderborn als Bauaufsichtsbehörde sollte das Ziel des Freiflächenschutzes daher weiterverfolgen und vor allem bei Genehmigungen von Bauten im Außenbereich für nicht landwirtschaftliche Zwecke sehr zurückhaltend sein.

Tiertransporte

Laut EU-Tierschutztransportverordnung „sollten aus Tierschutzgründen lange Beförderungen von Tieren – auch von Schlachttieren – auf ein Mindestmaß begrenzt werden.“ Schlachtungen sollten möglichst nah am ursprünglichen Haltungsort erfolgen, um damit die Transportzeiten möglichst kurz zu halten. Nur ein Export von Schlachtkörpern beziehungsweise tierischen Erzeugnissen ist im Sinne des Tierschutzes sinnvoll.

Vertragsnaturschutz

Auch die Durchführung von Naturschutzmaßnahmen und die schonende Bewirtschaftung von Flächen im Auftrag der Naturschutzbehörden stellt eine wichtige Einnahmequelle für die Landwirtschaft dar. Die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen Kreis und Landwirtschaft sollte intensiviert werden.

Verpachtung kreiseigener Flächen

Die Vielfalt der landwirtschaftlich genutzten Ackerfrüchte und Obstsorten ist heute ebenso bedroht, wie die Wildpflanzen der umgebenden Naturlandschaft. Der größtmögliche Schutz der Biodiversität auf allen Ebenen ist ein zentrales Ziel grüner Umwelt- wie Agrarpolitik vor Ort.

Werden kreiseigene Flächen verpachtet, ist die Anlage von Blühstreifen sowie bei größeren Ackerflächen Lerchenfenstern vertraglich vorzusehen. Zudem möchten wir darauf hinwirken, dass weder Monokulturen noch gentechnisch veränderte Pflanze angebaut werden. Dies fördert ein gesundes und abwechslungsreiches Nahrungsangebot für Insekten und Tiere.

Nutzung kreiseigener Flächen entlang von Wegen

Für die Anlage von Blüh- und Randstreifen, sowie Bäumen und Gehölzen eignen sich auch die Flächen entlang von öffentlichen Wegen und Straßen. Obwohl in öffentlichem Eigentum, werden große Teile dieser Flächen von den Eigentümern und Pächtern der benachbarten Flächen „mitgenutzt“ und teilweise bis an die Asphaltfläche gepflügt. Hier sollte der Kreis durch eine entsprechende Auswertung von Luftbildern bzw. Katasterkarten diese Flächen identifizieren und sie ökologisch nutzen.

Dies könnte durch Anlegen von Blüh- und Randstreifen geschehen, welche in regelmäßigem Abstand gepflegt und kontrolliert werden sollen. Bei der Mahd von Blüh- und Randstreifen ist das Mähgut zu entnehmen, um die Streifen auszuhagern und somit eine artenreiche Flora und damit Lebensraum für Insekten, Vögel und Kleinsäuger zu schaffen bzw. Gehölze anzupflanzen.

NACHHALTIGE MOBILITÄT FÜR ALLE

GRÜN IST

Wir GRÜNE wollen die Verkehrswende im Kreis Paderborn. Der Kreistag und viele Kommunen im Kreis haben beschlossen, bis 2030 bzw. bis 2035 klimaneutral zu sein. Die Verpflichtung der Bundesregierung, die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens einzuhalten - das heißt die Erderhitzung auf möglichst +1,5 Grad Celsius zu begrenzen - kann nur erfüllt werden, wenn wir uns auch hier vor Ort danach richten.

Der Verkehr trägt immer noch ein Fünftel zu den klimaschädlichen CO₂-Emissionen bei. Seit 1990 gab es praktisch keine Einsparungen in diesem Bereich. Die Antriebe wurden zwar effizienter, aber die Güter- und Personenverkehrsmenge wuchs und die Pkw wurden immer größer und höher motorisiert. Deshalb wurden auch immer größere Parkplätze benötigt, die den begrenzten Platz in den Ortszentren des Kreises Paderborn beanspruchen.



Öffentlicher Personen Nahverkehr: Vom Stiefkind zum Rückgrat der Verkehrswende im Kreis

Der ÖPNV gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Um die Verkehrswende zu erreichen, müssen Busse und Bahnen das Rückgrat für den Personenverkehr im Kreis werden. Die Menschen sollten die echte Wahl haben, ob sie mit dem ÖPNV, dem Auto oder dem Fahrrad gut und sicher mobil sind und alle Ziele ihres Bedarfs erreichen. Ein attraktives auf den Fahrplan der Regionalzüge abgestimmtes ÖPNV-Angebot ist hierfür unabdingbar. Deshalb brauchen wir ein verlässliches, dichtes Taktnetz für Bus und Bahn im gesamten Kreisgebiet bis in die Abendstunden und auch am Wochenende.

Das derzeitige Busangebot im Kreis PB erfüllt diese Ansprüche nicht. Mit den morgens im Berufsverkehr oft übervollen Schülerbussen und letzten Fahrten bereits abends vor 20 Uhr bietet es nur selten eine wirkliche Alternative zur Pkw-Nutzung. Auch aus diesem Grund wächst die Zahl der Pkw-Zulassungen und die Belastungen für die Menschen durch Lärm- und Schadstoffemissionen nehmen weiter zu. So fährt der Bus zwischen Bad Lippspringe und Paderborn im 15-Minuten-Takt bis 23.30 Uhr. Im nur wenig kleineren Bad Wünnenberg gibt es hingegen nur ein stündliches Angebot, das bereits vor 20 Uhr endet.

Bislang wird das gesamte städteverbindende Bus&Bahn-Angebot aus Landesmitteln finanziert. Die Kreise Paderborn und Höxter beteiligen sich daran mit keinem Cent. Jetzt werden neue Buslinien nach dem Gemeinwirtschaftlichkeitsprinzip an Unternehmen vergeben, d.h. die Kreise Paderborn und Höxter tragen das wirtschaftliche Risiko. Dabei weigert sich die Kreistagsmehrheit, konkrete Vorgaben für Takt und Bedienzeiten im Nahverkehrsplan festzulegen – aus Angst, dass die Kreise Geld für den ÖPNV zur Verfügung stellen müssen. Das ist aber notwendig für eine Mobilitätswende. Wir wollen, dass sich das ändert und die Politik mit Vorgaben (Mindeststandards) für die Häufigkeit und Dauer überall im Kreis für gleichwertige Lebensverhältnisse sorgt und diese finanziert.

Die ländlichen Bereiche dürfen dabei nicht wie bisher vergessen werden. „On-Demand-Verkehre“ können bedarfsgesteuert auf Abruf über Smartphone-Apps auch kleinere Gemeinden verkehrlich in den ÖPNV integrieren. Solch ein innovatives Angebot, das den Busverkehr in ländlichen Bereichen effizient und flexibel ergänzt, wurde bisher im Kreis allein von der Deutschen Bahn für den Shuttle zum Flughafen PB eingerichtet. Für eine erfolgreiche Umsetzung von regionalen Verkehrsprojekten muss die notwendige gemeinsame Planung von Kreis und kreisangehörigen Kommunen verbessert werden.

Mobilitätsgarantie

Wir fordern deshalb, eine Mobilitätsgarantie die für den Kreis Paderborn die nachfolgend genannten Mindestbedienungsstandards sicherstellt. Diese Standards sollen in den Nahverkehrsplan des Kreises aufgenommen werden, damit diese bei der künftigen Vergabe von Verkehrsleistungen von den Verkehrsunternehmen eingefordert werden können.

- Alle Orte in den Kreisen Paderborn und Höxter werden mindestens stündlich mit Bussen oder Bahnen bedient.
- Auf regionalen Hauptachsen im ländlichen Raum bestehen Taktdichten von mindestens 30 Minuten. In urbanen Räumen gibt es kürzere Taktdichten.
- In Orten bzw. Siedlungsgebieten mit weniger als 500 Einwohnern sowie in Schwachlastzeiten müssen die Fahrten durch bedarfsgesteuerte Verkehre (z.B. On-Demand-Verkehr) ergänzt werden. Hiermit muss ein Grundangebot an Mobilität gesichert werden.
- Das Angebot erstreckt sich bis in die Abendstunden und beinhaltet auch eine Mobilitätsgarantie.
- Siedlungsgebiete mit weniger als 200 Einwohnern können von diesen Mindestbedienungsstandards ausgenommen werden.
- Die Bus- und Bahnverbindungen in den Kreisen Paderborn und Höxter werden in einen künftigen Deutschland-Takt integriert. Beim Umstieg in den Regional- u. Fernverkehr werden Anschlusszeiten von maximal 20 Minuten garantiert.
- Um die Fahrzeit zwischen den Kommunen zu verkürzen, soll vom Kreis bzw. vom nph geprüft werden, auf welchen Relationen direkte Busverbindungen eingerichtet werden können.

Schienerverkehr

Wir fordern zudem ein stärkeres Engagement des Kreises im Schienenverkehr. Wie erfolgreich dies ist, zeigt die Sennebahn. Seitdem der Takt zwischen Paderborn und Bielefeld verbessert wurde, sind die Fahrgastzahlen erheblich gestiegen. Wir fordern, dass der Kreis Paderborn die Planungen zur Reaktivierung der Almetalbahn vorantreibt.

Unser Ziel für den Kreis Paderborn und die angrenzenden Gebiete wie Höxter, Schloß Holte-Stukenbrock und Detmold ist ein S-Bahn-ähnlicher Schienenverkehr (20 Minuten-Takt) in den Hauptverkehrszeiten. Hiermit geben wir den Berufspendlern eine Alternative zur Pkw-Nutzung.

Tickets: günstig und einfach

Innovative Ticketangebote fehlen im Kreis Paderborn. Wir fordern Flatrate-Angebote, wie ein 365-Euro-Ticket, für den Kreis Paderborn. Außerdem brauchen wir günstige Tickets für Gelegenheitsfahrer*innen, damit Bus & Bahn zur echten Alternative werden. Auch ein flächendeckendes Schüler*innenticket, das bereits seit einigen Jahren von den Schüler*innen im Ruhrgebiet und im Münsterland auch nach der Schule, im Freizeitverkehr und in den Ferien genutzt werden kann, fehlt.

Das Semesterticket der Uni Paderborn gehört im Vergleich mit anderen NRW-Unis zu den teuersten mit schlechteren Leistungen. Auch die Preise der Einzeltickets steigen weiter und auf die Vorteile von E-Tickets, wie sie bereits der Padersprinter in zunehmenden Maße nutzt, müssen die Fahrgäste im Regionalverkehr weiter warten.

Wir GRÜNE fordern eine Tarif-Offensive mit günstigeren Ticketpreisen und einem einfachen verständlichen Preissystem. Hierbei müssen die Möglichkeiten des digitalen Vertriebs über das Smartphone genutzt werden. Wir wollen weiterhin, dass sich der Kreis Paderborn beim nph dafür einsetzt, dass mehr Großkundenabonnements geschaffen werden. Der Kreis Paderborn soll auf IHK und Handwerkskammer zugehen mit dem Ziel, dass diese durch Zusage und Organisation großer Abnahmemengen bei ihren angehörigen Unternehmen eine weitere Verbilligung der Azubi-Tickets ermöglichen.

Und: Die Busse und Bahnen sollen emissionsfrei fahren und somit höchsten Umweltstandards genügen.

Radverkehr und Fußverkehr: Die Straße zurückerobern

Wege in der Gemeinde oder der Stadt lassen sich am besten zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Lastenrad zurücklegen. Daher wird das Fahrrad auch gerne für die täglichen Wege zum Einkaufen oder zur Schule genutzt. Die Topografie im Kreis PB bietet hierfür gute Voraussetzungen.

Gleichzeitig bieten Elektrofahrräder inzwischen das Potential, auch längere Wege zur Arbeit mit dem Rad zu fahren. Radschnellwege sind attraktive Alternativen für Berufspendler.

Das Potential im Radverkehr wird jedoch im Kreis nicht genutzt. Der Radverkehr wird hingegen vom weiter steigenden Pkw-Verkehr an den Rand gedrängt. Wir fordern, dass die Wege für den Fuß- und Radverkehr in und zwischen den Städten und Gemeinden verbessert werden. Neben gut ausgebauten, sicheren und direkten Radwegeverbindungen brauchen wir auch ausgewiesene Trassen für Pedelecs und Roller (45km/h), um im Kreis sicher und legal unterwegs sein zu können. Das vorhandene Wirtschaftswegenetz muss dazu überprüft und dort, wo es nötig ist, ertüchtigt werden.

Überörtliche Radwege zwischen den Gemeinden und Städten wollen wir zu qualitativ hochwertigen, direkt geführten Verbindungen ausbauen. Lücken im Radwegenetz müssen geschlossen und Radwege sicherer werden, indem gefährliche Streckenabschnitte umgebaut oder beschildert werden. Dabei sind qualitativ hochwertige Standards anzuwenden. Dazu gehört eine kreisweite systematische Überprüfung der vorhandenen Wege und ein Verbesserungsprogramm, das sicheren Schulwegen und wichtigen Wegeachsen Priorität gibt. Fußgänger müssen wieder den notwendigen Raum bekommen und ihre Wege nicht zwischen abgestellten Autos auf engen Fußwegen suchen müssen.

Wir wollen Straßen und Plätze wieder zu Orten machen, die zum Gehen einladen.

Straßen müssen mit längeren Ampelphasen oder mit Querungshilfen wieder sicher überquert werden können. Die in den Städten und Gemeinden oft notwendige Grünanforderung für Fußgänger und Radfahrer per Bettelampel muss beendet werden. Sie führt zu längeren Wartezeiten und stellt eine Ungleichbehandlung gegenüber dem priorisierten Pkw-Verkehr dar. Wir wollen den Straßenraum zugunsten des Fuß- und Radverkehrs durch Abmarkierungen und bauliche Maßnahmen umgestalten und dem Radverkehr an den Straßenkreuzungen Vorrang einräumen. Wir fordern daher, dass bei jeder Straßensanierung oder Straßendeckenerneuerung Rad- und Fußverkehr verbindlich berücksichtigt werden.

Verkehrssicherheit

Wir wollen, dass niemand im Verkehr ums Leben kommt oder verletzt wird. Der Autoverkehr ist die größte Gefahr für schwächere Verkehrsteilnehmer*innen. Deshalb muss die Verkehrssicherheit der Radfahrenden und der Fußgänger, insbesondere für Schulwege, verbessert werden. Die Radwege müssen breit genug sein und für den Begegnungsverkehr ertüchtigt werden, wenn sie nicht beidseitig der Straßen angelegt werden können. Hierfür fordern wir von den Kommunen und der Kreisverwaltung deutlich mehr Engagement für die schwächsten Verkehrsteilnehmer.

Um hier eine systematische langfristig angelegte Umsetzung zu erreichen, fordern wir den Beitritt des Kreises in die „Arbeitsgemeinschaft Fußgänger- und Fahrradfreundlicher Städte und Gemeinden in NRW“.

Mobilstationen: Verkehrsknotenpunkt für verschiedene Verkehrsmittel

Die Verkehrswende kann nur gelingen, wenn attraktive Alternativen zur PKW-Nutzung angeboten werden. Wir GRÜNE fordern, Mobilstationen an allen wichtigen Bahnstationen und zentralen Knotenpunkten des Busverkehrs im Kreis einzurichten. Mit der räumlichen Konzentration von Verkehrsangeboten wie Carsharing, Bike&Ride-Anlagen, Ladestationen für E-Bikes und E-Cars, automatischen 24-Stunden-Radverleihsystemen, Haltepunkten für Fernbusse und Pkw-Stellplätzen an zentralen Stellen erhöht sich die Attraktivität umweltfreundlicher Verkehrsmittel.

Sie ist zur schnellen Orientierung mit einem Leitsystem zur Wegweisung ausgestattet. Für den Fuß- und Fahrradverkehr ist sie gefahrlos und leicht zu erreichen. Für die Fahrgäste von Bus und Bahn bieten diese Angebote eine perfekte Ergänzung. Insbesondere die Neuplanung des Paderborner Hauptbahnhofs bietet die Chance, die verschiedenen Verkehrsmittel an diesem Verkehrsknoten zu vernetzen.

Bereitstellung von Mobilitäts-Apps

Die Mobilitäts-App ist die perfekte Ergänzung zur Mobilstation. Sie verknüpft alle Arten der Mobilität. Sie bietet die Möglichkeit, Reisen zu planen, Tickets und Fahrtmöglichkeiten zu buchen und zu bezahlen, sowie weitere Informationen zu erhalten. Durch Informationen zu Echtzeit-Fahrplänen im ÖPNV, Parkplatzbelegung und Ladestationen für Autos und Fahrräder, Zustand zu den Örtlichkeiten (z. B. für Menschen mit Behinderung) wird eine effiziente Reiseplanung ermöglicht. Integrierte Buchungs- und Abrechnungsprozesse bieten volle Flexibilität und Benutzerfreundlichkeit. Eine solche App, die bundesweit bereits in vielen Städten und Kreisen angeboten wird, fehlt im Kreis Paderborn. Wir GRÜNE werden uns für die schnelle Entwicklung dieser wichtigen Informations- und Buchungsplattform einsetzen.

Subventionen des Flughafens Paderborn/Lippstadt aus Kreishaushalt stoppen

Der Flughafen Paderborn leistet keinen Beitrag zur Verkehrswende. Er ist ein Standortfaktor mit ungewisser wirtschaftlicher Relevanz. Sein Betrieb ist klimaschädlich und Anwohner werden durch Lärm belastet. Zudem findet keine CO₂-Bilanzierung des Flughafens samt Flugverkehrs statt - die notwendigen Konsequenzen auf die Klimaschutzbemühungen des Kreises Paderborn bleiben im Dunkeln und damit die realen, gesamtgesellschaftlichen Folgekosten!

Der Betrieb des Flughafens erfordert jährliche Subventionen aus dem Kreishaushalt Paderborn in Millionenhöhe mit steigender Tendenz: Dies sind gegenwärtig 10 Euro pro Einwohner - ohne Infrastrukturmaßnahmen.

Ein Ende der Subventionen des Flughafens entlastet den Kreishaushalt und somit alle Kommunen, die diese Subventionen über die Kreisumlage zahlen müssen. Wir wollen die Subventionierung beenden. Der Betrieb des Flughafens gehört nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben. Der Flughafen ist ein Wirtschaftsunternehmen und muss sich daher selbst finanzieren durch

Nutzerbeiträge. Diese können sowohl von der Wirtschaft (Förderverein, IHK-Engagement oder Flugkontingente) als auch von den Urlaubern (z.B. Umweltabgabe in Höhe von 7 Euro pro Abflug pro Kopf (Annahme: 5 Millionen Euro Subventionen insgesamt auf 750 000 Fluggäste) erbracht werden.

Auch der CO₂-Fußabdruck des Flugverkehrs und die daraus resultierenden Folgekosten für die Kompensation für Klimaschäden muss realistisch erfasst und kostenmäßig abgebildet werden. Da die Rentabilitätsaussichten für Regionalflughäfen, die sich nicht im Speckgürtel der Ballungsgebiete befinden, insgesamt sehr schlecht sind, muss hier schnell gehandelt werden. Um die Gesundheit und Nachtruhe der Anwohner des Flughafens zu schützen, fordern wir nach wie vor ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.

SCHULE UND BILDUNG

GRÜN IST

Bildungserfolg darf nicht von der Herkunft, Geschlecht oder dem Geldbeutel der Familien abhängig sein. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass kreisweite Strategien zur Realisierung umfangreicher Teilhabe und mehr Bildungsgerechtigkeit entwickelt und unterstützt werden.

Bildung und Digitalisierung

Eine digitale Infrastruktur in allen Kreis-Schulen, die die uneingeschränkte Nutzung digitaler Medien durch Lehrkräfte und Schüler*innen gewährleistet, muss sichergestellt werden. Die Ausstattung bedürftiger Schüler*innen mit digitalen Endgeräten muss sichergestellt werden.

Für Phasen eines z.B. durch erneutes Infektionsgeschehen notwendigen Fernunterrichts muss Vorsorge im Rahmen der kreisweiten Bildungsstrategie getroffen werden. Dazu gehört der ausreichende Internetzugang im familiären Umfeld und zu digitaler Infrastruktur wie Drucker oder Scanner in öffentlichen Räumen in Wohnortnähe. Digitale Endgeräte sind auch für Lehrkräfte unabdingbar. Land und Schulträger stehen in der Pflicht, die Ausstattung zügig zur Verfügung zu stellen ebenso wie den notwendigen Support.

Medienkompetenz

Wischen und klicken sind noch lange keine Medienkompetenz. Medienkritik, Medienkunde, ihre Nutzung und Gestaltung gehören zur digitalen Grundausbildung. Hierzu müssen auch die Lehrenden systematisch gefördert werden. Das vom Schulamt in Kooperation mit dem Regierungsbezirk erarbeitete Fortbildungs- und Beratungsangebote muss zeitnah ausgebaut werden, um die Kompetenzen der Unterrichtenden zukunftsfähig zu machen.

Schulsozialarbeit fördern

Die Schulsozialarbeit im Kreis Paderborn wird von unterschiedlichen Trägern verantwortet. Sie muss langfristig sichergestellt sein. Wir GRÜNE werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Land und die kommunalen Schulträger ihrer Verantwortung gerecht werden. Die Schulsozialarbeit ist unverzichtbar in allen Schulstufen und Schulformen in den weiter zu entwickelnden multiprofessionellen Teams. Sie vernetzen schulische Arbeit u.a. mit Jugend- und Familienhilfe, unterstützen Ausbildungsvorbereitung und eine gelingende Ausbildung. Für die Integrationsunterstützung von zugewanderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, gerade auch im Bereich der dualen Ausbildung, ist die Schulsozialarbeit ebenfalls unerlässlich. Das gilt für die jungen Menschen und Betriebe gleichermaßen.

Kein Abschluss ohne Anschluss (KAOA) - Übergang Schule - Beruf

Das Landesprogramm KAOA hat sich in der täglichen Praxis als sehr tauglich bewiesen, trotzdem ist die Weiterführung immer wieder gefährdet, da Personalkontingente nicht zur Verfügung stehen und in andere Projekte verrechnet werden. Wir brauchen verlässliche Strukturen und



stabile Brücken von der Schule in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, dazu wollen wir KAOA stärken und nutzen.

Das Präventive psychosoziale Unterstützungsnetzwerk (PePSUN) im Berufsbildungszentrum Maspornplatz in Paderborn haben wir von Anfang an begleitet und unterstützt. Es dient zur besseren sozialen Eingliederung von Schülerinnen und Schülern durch die Anbindung einer Schulpsychologin vor Ort. Wir wollen, dass dieses Modellprojekt zum integralen Bestandteil der Arbeit im BK-Zentrum wird.

Sport- und Bewegungsangebote

Sport und Bewegungsangebote an Schulen und betreuten Schulen sollen mehr gefördert werden. Das Projekt zur Vernetzung aller Verantwortlichen und Akteure bestehender Initiativen zur Bewegungsförderung von Kindern im Kreis Paderborn soll weiter fortgeführt werden: www.wir-bewegen-alle-kinder.de

Paderborn als Berufsschulstandort mit vielfältigen Berufsbildern stärken

Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels gilt es, die Berufsschulstandorte attraktiv zu halten. Damit verbunden ist der Erhalt der vielfältigen Berufsbilder im Kreis Paderborn. Wir setzen uns dafür ein, die Fachklassenregelungen so zu verändern, dass die Auszubildenden möglichst ortsnah im Kreis Paderborn beschult werden können. Davon profitieren die Auszubildenden sowie die Ausbildungsbetriebe. Durch die teilweise weiten Wegen zu den Fachklassen in OWL wird das Risiko von Ausbildungsabbrüchen gesteigert. Eine breite Grundbildung muss an den Berufskollegstandorten in der Fläche in OWL erhalten bleiben.

Inklusion

Die Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems muss durch den Kreis Paderborn unterstützt werden. Dazu muss das strukturell verankerte Unterstützungssystem einer verlässlichen Schulbegleitung im gemeinsamen Lernen durch Inklusionsassistenzen unabhängig vom individuellen Rechtsanspruch aus dem Sozialgesetzbuch ausgebaut und verstärkt werden – ohne die jeweils individuelle Unterstützung infrage zu stellen.

Wir wollen für Schüler*innen und Schüler einen weiteren Bildungsgang mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung im Kreis Paderborn etablieren, um eine notwendige Schulzeitverlängerung wohnortnah zu ermöglichen.

Migration und Flucht

Der unmittelbare Zugang zu Sprach- und Integrationskursen muss gesichert werden. Dazu ist auch die Betreuung von kleinen Kindern einzubeziehen, damit beide Elternteile an den Kursen teilnehmen können.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)

Wir begrüßen ausdrücklich die professionelle Arbeit, die im BNE-Regionalzentrum für den Kreis Paderborn, Prinzenpalais Bad Lippspringe geleistet wird. Wir freuen uns, dass wir das Zentrum haben und setzen uns für die nachhaltige Verankerung in der Bildungsregion Kreis Paderborn ein. Wünschenswert ist es, den Stamm an BNE-Bildungspartner auszubauen, um ein stabiles Fördernetzwerk zu haben. So ist es möglich, konkrete Handlungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Entwicklung auf der Grundlage der 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen mit Kindern, Schüler*innen und Erwachsenen zu erarbeiten. Die Vernetzung von Kitas, Schulen und Weiterbildung sowie außerschulische Akteur*innen und Lernorten muss weiter unterstützt werden.

SOZIAL UND GESUND

GRÜN IST

Wir GRÜNE stehen für ein gutes, gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen, für Liberalität, Toleranz und Weltoffenheit, damit Ausgrenzungen keine Chance haben. Jung und Alt, Frauen, Männer und Divers, Menschen mit Beeinträchtigungen, Alleingesessene und Zugezogene aller Nationalitäten und Hautfarben sollen selbstbestimmt zusammenleben. Wir wollen einen sicheren, diskriminierungsfreien Kreis und den Zusammenhalt der Menschen stärken. Alle gehören dazu und sollen an der Gesellschaft teilhaben können.

Wir setzen in jedem Lebensalter auf Prävention, auf wohnortnahe, niederschwellige Unterstützungsangebote und Frühförderung. Wir GRÜNE fordern eine garantiert dauerhafte Unterstützung sozialer Projekte und Initiativen und eine flächendeckende Barrierefreiheit in allen Einrichtungen des Kreises.

Wir GRÜNE setzen uns für eine garantiert dauerhafte Unterstützung sozialer Projekte und Initiativen und eine flächendeckende Barrierefreiheit in allen Einrichtungen des Kreises ein.

Wir fordern:

- *Regelmäßige Armutsberichte des Kreises, um vorrausschauend Hilfsangebote entwickeln und anbieten zu können.*
- *Teilhabe am gesellschaftlichen Leben z.B. durch eine Bildungskarte.*
- *Unterstützung der kleinen Beratungsstellen wie Nadeshda, die Gehörlosenberatungsstelle, ProFamilia oder die Aidshilfe.*

Jung und Alt

Um unsere Städte und Gemeinden im Kreis attraktiv und lebendig zu gestalten, müssen sich ältere und jüngere Menschen (mit und ohne Migrationshintergrund), Familien mit und ohne Kinder, Singles, allein erziehende Mütter oder Väter sich wohl fühlen.

Alle Generationen wünschen sich ein soziales Umfeld, das von Aspekten wie: Geborgenheit, Sicherheit, Vertrautheit, Erreichbarkeit, Überschaubarkeit und Versorgungssicherheit geprägt ist.

Teilhabe und Mitwirkung sind ein soziales Bedürfnis auch für ältere und auf Hilfe angewiesene Menschen. Dafür brauchen wir Strukturen wie unterstützende Nachbarschaften, sorgende Gemeinschaften, eine Kultur des „Sich-Kümmerns“. Ehrenamtliche Netzwerke, auch als niederschwellige Unterstützungsmöglichkeiten, wollen wir fördern, ebenso die Arbeit von Vereinen, Institutionen und Projekte vor Ort.

Stadt, Land im Fluss

Gut leben – überall! ist das Ziel Grüner Politik. Das Paderborner Land hat mit seinen vielfältigen Städten und Dörfern bereits viel an Lebensqualität zu bieten. Egal, ob auf dem Dorf oder in der Großstadt: Eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung, leistungsfähiges Breitband-Internet und die regionale Mobilität müssen überall im Paderborner Land gewährleistet sein.



Ständig kein oder ein schlechtes Netz zu haben schneidet ab von Serviceangeboten, Informationen und Diensten, vom professionellen Arbeiten ganz zu schweigen. Klimabewusst mobil zu sein, auch mal ohne eigenes Auto schnell von A(ltenbeken) nach B(ad Wünnenberg) zu kommen, das ermöglicht der bisherige Takt von Bus und Bahn kaum. Auch braucht es einen verlässlichen Zugang zu Arzt, Apotheke oder zur Hebamme und Gesundheitsberatung.

Manchmal könnte man den Eindruck gewinnen, dass es vergessen wird: Die Stadt Paderborn macht nur den halben Teil des Kreises aus. Um das Paderborner Land zusammenzubringen, starten wir GRÜNEN entsprechende Initiativen in den Bereichen Mobilität, Digitales und Gesundheit. Wir wollen die regionale Wertschöpfung und Vermarktung stärken und Kultur im gesamten Kreisgebiet erlebbar machen.

Wohnen

Auch der Druck auf den Wohnungsmarkt in unserem Kreis wird die nächsten Jahre nicht nachlassen. Jeder Mensch braucht aber eine angemessene und bezahlbare Wohnung. Angesichts dieser großen Herausforderung setzen wir uns für angemessene Mietzahlungen durch den Kreis Paderborn ein. Durch interkommunale Zusammenarbeit, kluges Flächenmanagement, konsequente Nutzung von Bestandsimmobilien und innovative Ideen für neues Wohnen wollen wir gleichzeitig Wohnraum schaffen, den Flächenverbrauch reduzieren und das Landschaftsbild unseres Kreises erhalten.

Einführung der Paderborner Bildungskarte für die Umsetzung des Bildungspaketes der Bundesregierung

Die Nutzung von Angeboten nach dem Bildungs- und Teilhabe-Gesetz (BuT) sind mit sehr großen verwaltungsbedingten Hürden verbunden. Sowohl auf der Seite der ALG2- Empfänger, als auch auf der Seite der Vereine und Institutionen.

Die Bildungskarte ist die einfache und praktische Lösung für die Umsetzung des Bildungspaketes der Bundesregierung, womit hilfebedürftige Kinder ein Teilhabebudget für Vereins-, Kultur-, Freizeit- und Nachhilfeangebote erhalten. Ämter (Kommunen bzw. Jobcenter oder Optionskommunen) stellen Kindern eine elektronische Online-Bildungskarte zur Verfügung, die für Kita- und Schulesen, Kita- und Schulausflüge, Musikunterricht, Nachhilfe, Sport, Spiel und Geselligkeit oder vergleichbare Angebote kultureller Jugendbildung sowie für die Teilnahme an Freizeiten zum Einsatz kommt.

Anhand der Karte können teilnehmende Leistungserbringer/-anbieter die von den Kindern in Anspruch genommenen Leistungen bequem online abbuchen oder erhalten eine Überweisung direkt von den Leistungsberechtigten auf ein Online-Konto. Die zuständigen Ämter rechnen dann die über die Bildungskarte geleisteten Leistungen mit den entsprechenden Leistungserbringern/-anbietern in regelmäßigen Abständen ab.

Teilhabe stärken - gegen Vereinsamung und Ausgrenzung

Vereinsamung und oftmals auch Armut bestimmen die Lebenssituation von vielen älteren Menschen. Deshalb ist der Kreis aufgefordert, soziale Netze vor Ort anzufragen oder aber Angebote zu schaffen, die Menschen jeden Alters in ihrer Selbständigkeit unterstützen und die Teilhabe fördern. Hierzu gehören Angebote gegen Vereinsamung wie Treffpunkte mit Beteiligungs- und Vernetzungsmöglichkeiten, Teilhabevergünstigungen bis hin zu aufsuchenden sozialen und kulturellen Angeboten im Wohnquartier.

Leben im Alter

Wie überall in Deutschland werden im Kreis Paderborn in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mehr und mehr die Herausforderungen und Probleme des demografischen Wandels zu Tage treten.

Die Zahl der Älteren im Kreis Paderborn wird in den kommenden Jahren weiter deutlich ansteigen und mit ihr der Bedarf an Pflegekräften und Pflegeplätzen. Der bereits heute bestehende Mangel an Pflegeplätzen und Fachkräften in der stationären Altenpflege ist ein Vorbote dieser Entwicklung. Wir wollen eine große Vielfalt an Pflegemodellen, innovativen Ansätzen und gemeinschaftlichen, generationsübergreifenden Wohnformen ermöglichen.

Altersarmut bekämpfen

Um die Lebenslagen älterer Menschen einschätzen zu können, wollen wir im zweijährigen Rhythmus die Quartiere in Städten und Gemeinden analysieren, um vorausschauend Hilfsangebote, insbesondere Gesundheitsförderungsangebote für Menschen in der zweiten Lebenshälfte, gezielt entwickeln und anbieten zu können.

Wir wollen Nachbarschaftstreffs, Mehrgenerationenhäuser, das Ehrenamt, Vereine und Seniorengenossenschaften stärken, weil die Selbsthilfestrukturen wirksam einer Isolation altersarmer Menschen entgegen wirken.

Versorgungssicherheit im Quartier

Wir setzen uns für eine Wohnungspolitik ein, die innovative Wohnformen, die bezahlbar sind, mit Pflegeangeboten kombiniert. Wir gestalten aktiv eine generationsgerechte, integrierte Quartiersentwicklung im Zusammenspiel mit Trägern und Zivilgesellschaft, in denen Unterstützung, Gesundheitsversorgung, Einkaufshilfe und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs für alle Generationen zugänglich sind.

Wer Unterstützung im Alltag braucht oder Pflege benötigt, ist angewiesen auf kurze Wege und eine abgestimmte Gesundheitsversorgung aus einem Guss, die barrierefrei im Ortskern zu erreichen ist. Wir GRÜNE wollen, dass im Kreis Arztpraxen, Krankenhäuser, Pflegedienste und -einrichtungen im Quartier besser zusammenarbeiten.

Über Angebote zur Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie Einrichtungen wie Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren sichern wir Pflege und Unterstützung rund um die Uhr. Wir setzen auf Alternativen zum klassischen Heim wie Wohn- und Hausgemeinschaften mit umfassender Pflege, Mehrgenerationenwohnen und „Wohnen mit Versorgungssicherheit“ in der eigenen Wohnung („Bielefelder Modell“). Wichtig ist ein Pflege- und Hilfe-Mix aus professioneller Pflege und Unterstützung, sozialen Netzwerken und Nachbarschaften im Quartier.

Möglichkeiten neuer Technologien für ein selbstbestimmtes Leben nutzen. Digitale, alltagsunterstützende Techniken (z.B. Roboter) können das Leben in den eigenen vier Wänden leichter und sicherer machen. Sie tragen im Alter und bei besonderen Bedarfen zu verbleibender Selbstständigkeit und Selbstbestimmung bei und erhöhen die Lebensqualität.

Über den Einsatz dieser Technologien muss der betroffene Mensch immer selbst entscheiden können. Der Roboter darf niemals den Menschen ersetzen. Aufgabe des Kreises muss es sein, Betroffene und Selbsthilfeorganisationen über Möglichkeiten der Anwendung zu informieren, sie zu beraten und ggf. zu schulen. Höchste Priorität bei der Einführung dieser Technologien muss es sein, dass alle Betroffenen gleichberechtigten, d.h. von individueller Kompetenz und finanziellen Mitteln unabhängigen, Zugang erhalten.

Verbindliche Pflegebedarfsplanung – kommunale Steuerung muss bleiben

Der Kreis Paderborn verfolgt bereits das Ziel der Quartiersentwicklung. Dies gewährleistet, dass Menschen – auch mit Unterstützungsbedarf – so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Daher muss der Kreis seine Pflegebedarfsplanung selbst in die Hand nehmen. Er darf die Entwicklung der (Pflege)Infrastruktur nicht dem freien Markt überlassen und nicht handeln wie die schwarz-gelbe Landesregierung, die die Entwicklung der Pflegeinfrastruktur dem freien Markt und den Interessen der Investoren überlassen will. So hat sie den Vorrang ambulanter Wohn- und Pflegeformen gestrichen. Sie will, dass wieder neue Großeinrichtungen geplant werden, obwohl wir GRÜNE uns für einen bereits innovativen und menschenorientierten Weg hin zu neuen Wohnformen im Quartier einsetzen

UMWELT, TIERSCHUTZ UND NACHHALTIGKEIT

GRÜN IST

Grüne Politik steht für Umweltschutz, Tierschutz und Nachhaltigkeit. Wir GRÜNEN kämpfen für eine lebenswerte Umwelt, für saubere Luft, unbelastetes Wasser und eine intakte Natur. Das Aussterben tausender Tier- und Pflanzenarten, die Bedrohung der gesamten biologischen Vielfalt, hat unabsehbare Konsequenzen für das ökologische Gleichgewicht unserer Erde. Wir wollen eine Umwelt, die Menschen nicht krank macht und kommenden Generationen eine lebenswerte Welt erhält. Eine vielfältige und intakte Natur ist unsere Lebensgrundlage und Grundlage für nachhaltiges Wirtschaften. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Eingriffe in Umwelt und Natur so gering wie möglich bleiben, Rohstoffe schonend gewonnen, effizient verwendet und im Kreislauf genutzt werden.

Wir GRÜNE orientieren uns am Leitbild der Nachhaltigkeit. Das verlangt, kurz gesagt, nicht auf Kosten der Enkel und Urenkel zu leben. Grüne Politik hat damit zum Ziel, unsere Erde für nachfolgende Generationen lebenswert zu erhalten.

Wir arbeiten für mehr Verteilungsgerechtigkeit in einem System natürlich begrenzter Ressourcen. Nachhaltige Entwicklung gelingt nur dann, wenn wir soziale, ökologische und wirtschaftliche Kriterien zusammendenken - und dabei konsequent über unseren eigenen Tellerrand hinausblicken.

Ausdrücklich beziehen wir uns auf die 2015 durch die UN verabschiedete Agenda 2030 und den dort formulierten 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals). Die 2030-Agenda folgt dem Grundsatz, auch die Schwächsten und Verwundbarsten der Welt mitzunehmen („leave no one behind“), und hat den Anspruch, auch kommenden Generationen die Chance auf ein erfülltes Leben zu sichern.

Aus Respekt vor Tieren setzen wir uns für einen besseren Tierschutz ein. Artgerechte Haltungsbedingungen für Tiere in der Nutztierhaltung und privaten Haltung, tierversuchsfreie Forschung, die Reduzierung von Tiertransporten und stärkere Kontrollen von Transport und Schlachtung sind unser Ziel. Unsere grünen Ideen bieten Lösungen für besseren Umwelt- und Naturschutz, für besseren Tierschutz und eine nachhaltige Politik.



Nitrat- und Pestizid-Belastung des Grundwassers

Schlimme Formen haben die Gülle-Importe unter anderem aus den Niederlanden angenommen. Auch die Verklappung eigener Gülle-Bestände stinkt vielen Bürger*innen gewaltig, nicht nur wegen der permanenten Geruchsbelastung, sondern auch wegen der hohen Nitratwerte im Grundwasser. Darum fordern wir weitere Messstellen im Kreis Paderborn, damit die Messergebnisse aussagekräftiger werden und nicht eine Vielzahl von Landwirt*innen, die die Grenzwerte einhalten, aufgrund einzelner schlechter Werte Konsequenzen erfahren müssen.

Auch die Pestizid-Metaboliten im Grundwasser können so besser überwacht werden. Stichwort Grundwasser: Die starke Verdunstung durch die Klimaerwärmung lässt vielerorts die

Grundwasserspiegel sinken. Darum wollen wir Gewerbetreibende stärker kontrollieren, die durch die starke Entnahme von Wasser aus Tiefbrunnen die Situation verschärfen.

Mehr Gehölze in der Landschaft

Aus Gründen der Effizienz werden Gehölze teilweise auf Stock gesetzt und Stämme und Geäst geschreddert, wenn Bewuchs an Straßenrändern eine gewisse Höhe erlangt hat. Diesen Kahlschlag wollen wir stoppen und den ökologischen Wert des Bewuchses durch Umweltplaner fest-schreiben – und schützen.

Wertvolle Wiesen

Mit einem Mähkonzept wollen wir die Übermulchung von Wiesen vermeiden. Ein geeignetes Blühkonzept soll Insekten in ihrer Vielfalt unterstützen. Überdüngte Oberböden wollen wir ab-tragen, um die Artenvielfalt auf Magerwiesen zu fördern – eingebettet in ein Gesamtkonzept für Biodiversität.

Flächenversiegelung

Jeden Tag werden im Land NRW zehn Hektar Fläche versiegelt. Dieser Wert muss dringend ge-senkt werden durch Lückenschließungen in Bebauungen und Neuüberplanung von bereits ver-siegelten Arealen. Gleichzeitig wollen wir durch die Begrünung von Hausdächern und –fronten sowie ein geschicktes Wassermanagement die negativen Folgen der Versiegelung abmildern.

Landschaftplanung

Landschaftspläne müssen von den Kreisen in Nordrhein-Westfalen seit 1985 aufgestellt werden und setzen die Ziele und Maßnahmen des Naturschutzes für den Außenbereich fest. In den letz-ten 35 Jahren wurden Landschaftspläne erst für ca. die Hälfte der Kreisfläche aufgestellt. Zwi-schen den Aufstellungen der einzelnen Landschaftspläne liegen mehrere Jahre, jedoch stellen die bisherigen Landschaftspläne gegenüber den vorher gültigen einzelnen Naturschutz - bzw. Landschaftschutzverordnungen leider keinen großen Fortschritt dar:

Unsere Forderungen lauten daher:

- zügige Aufstellung der fehlenden Landschaftspläne,
- Verbot der Einsatzes von Pestiziden und Kunstdüngern sowie Gülle in Naturschutzgebie-ten,
- Verbot der Umwandlung von Grünland auch in Natur- und Landschaftsschutzgebieten,
- Anlage von Hecken und Feldgehölzen auch außerhalb von Schutzgebieten,
- schnellere Umsetzung geltender Festsetzungen, denn viele Maßnahmen sind auch nach Jahrzehnten nicht realisiert.

Erhaltung unserer Wälder

Durch Orkane wie „Kyrill“ (2007) und „Friederike“ (2018) wurden schwere Waldschäden verur-sacht. Durch die Hitzesommer 2018 und 2019 wurde die Situation weiter verschlimmert: Extre-mer Borkenkäferbefall zerstörte insbesondere die Fichtenbestände. Der globale Klimawandel, begleitet durch Orkane und Hitzeperioden, stellt eine Belastung für unsere Wälder dar. Welche Auswirkungen der Klimawandel in den kommenden Hitzesommern auf tieferwurzelnde Laub-bäume wie Buchen oder Eichen haben wird, ist noch ungewiss. Um dieser Herausforderung zu begegnen, soll die Umwandlung der bestehenden Wälder in klimastabile Mischwälder konse-quent unterstützt werden. Hier befürworten wir GRÜNE neben einem aktiven ökologischen Waldumbau auch den kostensparenden waldbaulichen Ansatz der Naturverjüngung.

Bäume und damit Wälder sind wichtige CO₂-Speicher auf der Erde. Neben dem Entzug von Kohlendioxid aus der Atmosphäre, unter Speicherung des Kohlenstoffs und Abgabe von Sauerstoff, ist Kohlenstoff nicht nur im lebenden Holz, sondern auch noch im Totholz gebunden. Holz als Baumaterial ist ein wertvoller Speicher für CO₂ und kann darüber hinaus energieintensive Materialien ersetzen.

Bäume pflanzen und schützen

Bäume binden nicht nur das Treibhausgas CO₂, sie spenden Schatten und verbessern durch Verdunstung das Mikroklima. Die letzten Extremsommer haben verdeutlicht, welche Belastungen in Zukunft auf Mensch, Tier und Umwelt zukommen werden. Die zukünftigen Sommer werden voraussichtlich noch heißer, trockener und länger andauern und eine „Normalität“ darstellen. Schon jetzt gehen diese Extremsommer mit höheren Todesfällen einher. Risikogruppen sind u. a. Säuglinge, Kleinkinder, Senior*innen oder pflegebedürftige oder erkrankte Personen. Insbesondere in den Städten, deren Bild noch durch Beton und Asphalt geprägt sind, wird es bei Hitzewellen für Mensch und Tier unerträglich werden. Der Effekt der Abkühlung in unmittelbarer Umgebung von Bäumen ist bekannt.

Wir GRÜNE wollen, dass vermehrt schattenspendende Bäume auf Grünflächen und Grünstreifen sowie an Radwegen und Fußgängerwegen gepflanzt werden. Bestehende Baumbestände verdienen einen besonderen Schutz. Zudem setzen wir GRÜNE uns für die Ausweisung und Finanzierung von Bürgerwäldern im Kreis ein.

Erstellen von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen und tierischen Gesundheit

Durch den Klimawandel verursachte Erwärmung hat auch bei uns in Deutschland eine vermehrte Häufigkeit und Dauer von Hitzeereignissen zur Folge. Darunter leiden Menschen, das trifft auch das Gesundheitswesen.

Zur Vorbeugung von Hitzeauswirkungen auf die Menschen fordern wir GRÜNE für den Kreis Paderborn die Erstellung eines Hitzeaktionsplans. Dieser soll Verhaltens- und verhältnisvorbeugende Maßnahmen benennen und umsetzen, damit belastende Sonnenbestrahlung reduziert wird, um Hitze- und UV- bedingte Erkrankungen und möglichen Todesfälle vorzubeugen.

Unter der Hitze leiden nicht nur Menschen, sondern auch die Tiere. Wir sehen daher einen Bedarf an Empfehlungen für die Halter von Haus- und Nutztieren sowie an Maßnahmen für Wildtiere.

Biodiversität

Der größtmögliche Schutz der Biodiversität auf allen Ebenen ist ein zentrales Ziel grüner Umwelt- wie Agrarpolitik, gerade hier vor Ort. Die Land-, Forst-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft, aber auch die wachsenden Städte und Dörfer haben Landschaften verändert. Die biologische Vielfalt ist zunehmend bedroht.

Unser Ziel ist es, Lebensräume für die Pflanzen- und Tierwelt zu bewahren und neue zu erschaffen. Eine biologische Vielfalt ist unabdingbar für ein Gleichgewicht in der Natur und Basis für eine langfristige Produktion von Lebensmitteln.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Bevölkerung für naturnahe Gärten zu sensibilisieren, um Insekten und Vögeln einen Lebensraum zu geben.

Zu einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes gehört für uns selbstverständlich der Verzicht auf den Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen und Futtermitteln. Die Vielfalt der landwirtschaftlich genutzten Ackerfrüchte und Obstsorten ist heute ebenso bedroht wie die

Wildpflanzen der umgebenden Naturlandschaft. Dazu gehört auch, die Existenz von Wildbienen und die Bienenhaltung als Grundlage unseres Pflanzenbaus zu fördern und den Tieren ein gesundes und abwechslungsreiches Nahrungsangebot zu erhalten.

Wir fordern, ein Biodiversitätsprogramm für das Paderborner Land mit klaren Leitbildern und konkreten Maßnahmen aufzulegen. Damit die Förderung der biologischen Vielfalt tatsächlich gelingt, braucht es eine breite Beteiligung der Bürger*innen, da die Erhaltung der Biologischen Vielfalt ebenso wie der Klimaschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die nicht von der Verwaltung und Politik alleine geleistet werden kann.

Tierschutz

Tierschutz ist seit 2002 als Staatsziel im Grundgesetz (Art. 20a) verankert. Ein großer Erfolg, den wir GRÜNE im Bundestag gemeinsam mit den Tierschutzorganisationen erreicht haben.

„Zweck des Tierschutzgesetzes ist es, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.“

Leider spiegelt sich dies weder in der aktuellen Nutztier- noch in der Haustierhaltung vollumfänglich wider. Millionen von Tieren leiden nach wie vor in deutschen Tierversuchslaboren, Küken werden standardmäßig die Schnäbel abgeschnitten, männliche Küken aus Legehennenlinien geschreddert, Milchhochleistungskühe werden bei sinkender Milchleistung bereits im Alter von ca. 5 Jahren bei einer Lebenserwartung von über 20 Jahren geschlachtet - manchmal auch trächtig. Ihre Kälber werden in der Intensivhaltung unmittelbar nach der Geburt von den Müttern getrennt, ihre Bullenkälber sind wertlos. Tiere werden stundenlang durch ganz Deutschland oder ins Ausland transportiert, um dann geschlachtet zu werden.

Auch im Haustierbereich sind Missstände zu verzeichnen: Haus- und Heimtiere werden nicht immer artgerecht gehalten, Qualzuchten sind nach wie vor verbreitet, der illegale Artenhandel nimmt zu. Wildtiere werden nicht artgerecht im Zirkus gehalten.

Verantwortung des Menschen für das Tier muss anders aussehen. Ziel grüner Politik ist eine art- und verhaltensgerechte Tierhaltung, in der Schutz der Tiere und ein umweltgerechtes Wirtschaften kein Zielkonflikt sind. Der Tierschutz im Grundgesetz ist ein zahnloser Tiger. Wir werden uns mit Nachdruck für mehr Tierrechte und für eine bessere Tierhaltung einsetzen. Dazu suchen wir den Dialog mit den Nutztierhalter*innen.

Wir GRÜNE fordern, dass Tierkontrollen auf den landwirtschaftlichen Höfen durch das Kreisveterinäramt darum ausgeweitet werden und die Kapazitäten des Kreisveterinäramtes verstärkt werden.

Dach- und Fassadenbegrünung

Die Dach- und Fassadenbegrünung ist Bestandteil einer nachhaltigen, ökologischen und modernen Stadtentwicklung. Sie verbessert die Luftqualität durch Feinstaubbindung, führt zur Sauerstoffproduktion und wandelt schädlichen Kohlendioxid in Sauerstoff um. Darüber hinaus bieten begrünte Flächen Lebensraum für Insekten und bieten damit einen Beitrag zu Schutz der Artenvielfalt. Die Dach- und Fassadenbegrünung verbessert das Mikroklima durch Verdunstung und kühlt im Sommer durch abgegebene Feuchtigkeit die aufgeheizte Stadt. Auch die Zurückhaltung von Regenwasser hat einen positiven Effekt, da geringe Niederschlagsmengen vollständig auf dem Dach festgehalten werden und überschüssiges Regenwasser nach und nach in die Kanalisation abgeben wird.

Wir fordern, dass bei allen kreiseigenen Gebäuden die Möglichkeit einer Dach- und Fassadenbegrünung geprüft wird.

Nationalpark – Eine Chance für Mensch, Natur und die Region

Ein Nationalpark in der Senne bietet Mensch und Natur eine große Chance, die es jetzt zu nutzen gilt. Der heutige Truppenübungsplatz ist eine ehemalige Kulturlandschaft mit einer außerordentlichen Artenvielfalt. Über 5000 Tier – und Pflanzenarten, ein großer Anteil davon auf der Roten Liste als bedroht eingestuft, haben hier ihren Lebensraum. Die Abschottung durch das Militär hat die Entwicklung wertvoller und einzigartiger Biotope begünstigt. Inwieweit Altlasten in Form von Munitionsrückständen das Erdreich belasten, muss untersucht und in einem Schadstoffkataster festgehalten werden. Hierfür müssen Konzepte zur Beseitigung erstellt werden.

Der Abzug der britischen Streitkräfte aus der Senne wurde seinerzeit nicht so umgesetzt wie angekündigt. Ca. 200 Briten bleiben um den Truppenübungsplatz zu verwalten. 2020 ist die Senne bis auf wenige Wochen an NATO-Partner vermietet.

Die derzeitige Landesregierung aus FDP und CDU hat den Nationalpark Senne trotz hoher Akzeptanz der Bevölkerung nicht mehr im Koalitionsvertrag festgeschrieben und auch aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen.

Nur ein Nationalpark kann im Rahmen der Managementzonen diese Landschaft schützen und erhalten. Behutsame Pflegemaßnahmen stellen sicher, dass die Einzigartigkeit der Senne mit ihren offenen Weiten bewahrt bleibt. Darüber hinaus wird er ein Gebiet für die Menschen öffnen, aus dem diese in den letzten 120 Jahren ausgesperrt waren. Er steht bereit als außerschulischer Lernort, Freizeit und Naherholungsgebiet, touristische Attraktion und damit als Wirtschaftsfaktor für die Region.

Völlig offen ist derzeit, wie es um die Finanzierung und die Durchführung der Umweltschutzmaßnahmen bestellt ist. Waren es früher Summen in siebenstelliger Höhe, die die britische Armee in die Beseitigung von Schäden und den Erhalt der Biotope steckte, hat sich jetzt ihre Funktion auf eine Standortverwaltung reduziert. Die Frage ist ungeklärt, ob die Briten beim Naturschutz-Engagement im früheren Umfang bleiben. Wir GRÜNE wollen darum den bestmöglichen Schutz der Senne als Nationalpark.

ERFOLGREICH WIRTSCHAFTEN

GRÜN IST

Wir GRÜNEN stehen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, die sich nachhaltig neu erfindet. Nur wer sich nachhaltig aufstellt, ist auch mittel- und langfristig ökonomisch erfolgreich. Die Unternehmen im Kreis Paderborn sind dabei ein wichtiger Teil der Lösung. Wir werden sie dabei unterstützen, neue Wege für ein nachhaltiges und gerechtes Wirtschaften zu entwickeln, das die natürlichen Ressourcen nicht überbeansprucht und dabei neue Arbeitsplätze schafft. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind hier besonders innovativ und erfolgreich und erschließen sich diese Zukunftsfelder. Wir wollen sie dabei unterstützen.

*Besonders fördern wir Gründer*innen im Kreis Paderborn. Ange dockt an regionale Wissenschaft und Forschung können sie so mehr Ideen zu tragfähigen Geschäftsmodellen entwickeln, die nachhaltige und klimagerechte Dienstleistungen und Produkte hervorbringen.*



Nachhaltiges Unternehmertum

Der Fokus der Wirtschaftsförderung im Kreis Paderborn muss auf der Vernetzung der Cluster Erneuerbare Energien, IT und Wissensgesellschaft liegen, weil Kreis und Stadt Paderborn hier deutschlandweit zu den führenden Standorten gehören.

Ziel grüner Wirtschaftspolitik ist es, genau diese Wirtschaftssektoren nach Kräften zu unterstützen. Sie erhalten und bringen für die Region zukunftsfähige und attraktive Arbeitsplätze, die die übrigen Wirtschaftsbereiche wie z.B. Einzelhandel und Landwirtschaft durch anwendungsnahe Innovationen voranbringen sowie junge Talente ins Paderborner Land locken können. Dieser Nutzen ist nicht zu vergleichen mit den wenig attraktiven und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen sowie den umweltschädlichen Auswirkungen, die z.B. von der Ansiedlung flächenfressender Logistik-Verteilzentren ausgehen.

Wir GRÜNE setzen uns ein, die öffentliche Finanzierungsprogramme der Wirtschaftsförderung, Informationsangebote für Gründer*innen und Beratungsangebote systematisch für alle Unternehmen zu öffnen. So stärken wir auch Genossenschaften, Social Startups und Vereine, die wirtschaftlich aktiv sind.

Ökologie als Geschäftsfeld regionaler Wirtschaft

Wir GRÜNE setzen uns für eine nachhaltige Wirtschaftsförderung ein, die besonders Existenzgründer*innen in grünen Geschäftsfeldern, wie Bionahrungsmitteln, Energiesparkonzepte und ökologische Baustoffe intensiv fördert. Coworking Spaces, in denen Arbeitsplätze und Infrastruktur zeitlich befristet zur Verfügung gestellt werden, sollten kreisweit eingerichtet werden.

Wir GRÜNE machen uns stark für eine interkommunale Zusammenarbeit, die die Krisenfestigkeit und Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinden im Blick hat und auch bei der Gewerbeansiedlung Kooperation den Vorrang gibt.

Gemeinwohlorientiertes Arbeiten

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Kreisverwaltung und Betriebe in Kreisverantwortung eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Personal- und Betriebsräten pflegen und im intensiven Erfahrungsaustausch zwischen Gewerkschaften und Kreisspitze Fragen des Arbeitsmarktes und Wirtschaftslebens erörtert werden. Weiterhin schlagen wir vor, dass grundsätzlich anonymisierte Bewerbungsverfahren im Kreis und bei kreiseigenen Unternehmen angewandt werden. Sie führen zu mehr Chancengerechtigkeit.

Wir GRÜNE fordern, dass Unternehmen im Kreisbesitz bzw. der Kreis selbst Gemeinwohlbilanzen erstellen oder in der Finanzberichterstattung integrierte sozial-ökologische Kriterien gleichwertig mit den finanziellen Kriterien berichten. Neben der klassischen Finanzbilanz müssen auch Werte einbezogen und verglichen werden, die gesellschaftlichen Nutzen bilanzieren. Dazu gehören: Teilhabe aller, Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische Nachhaltigkeit und Lebensqualität. Gemeinwohlökonomie in diesem Sinne ist ein Schritt auf dem Weg hin zu einer Wirtschaftsweise, die in erster Linie den Menschen in den Mittelpunkt stellt und ihm dient. Kommunale Unternehmen sollen hierbei Vorreiter und Impulsgeber sein.

Tariftreue, Nachhaltigkeit und Regionalität bei Auftragsvergaben

Wir GRÜNEN fordern, dass beim Auftragsvergaben des Kreises auf die Einhaltung der Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Tariftreuegesetzes sowie rechtlich möglichen und notwendigen weitergehenden Vorgaben geachtet wird und die Anwendung konsequent kontrolliert wird. Wir setzen uns ein, dass die Kreisverwaltung bei ihren Einkäufen mit gutem Beispiel vorangeht und umweltverträgliche Produkte und Waren aus der Region bevorzugt. Sie soll ihre Ausschreibungs- und Vergaberichtlinien entsprechend festschreiben und den gesetzlichen Rahmen hierzu voll ausnutzen.

Digitalisierung als Chance

Wir GRÜNE wollen die Chancen nutzen, welche die Digitalisierung bietet, und zielstrebig umsetzen – ohne die damit verbundenen Gefahren auszublenden. Ein konkretes Ziel ist es, den Service für die Bevölkerung und für die Wirtschaft zu verbessern, indem Verwaltungsabläufe digitalisiert werden. Dabei unterstützen wir Initiativen, Breitbandanschlüsse bis zum ‚letzten‘ Wohnhaus/Gewerbebetrieb zu legen und Mobilfunklöcher zu beseitigen. Die flächendeckende Versorgung mit einem leistungsfähigen Breitbandnetz sowie mit neuesten Mobilfunkstandards ist grundlegend und mit hoher Priorität durchzuführen.

Nachhaltigen Tourismus fördern

In unserer Region laden touristischen Highlights zu Wanderungen oder Radtouren durch Täler und Wäldern ein. Unsere vielfältige Landschaft ermöglicht vielen Tagestouristen Entspannung und Erfrischung bei heimischen Gastronomen. Je attraktiver der Landkreis für Tourist*innen ist, desto länger bleiben sie und bringen umso mehr Kaufkraft mit. Wir GRÜNE legen besonderen Wert auf sanften Tourismus mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln.

- Ausbau des Schienennetzes im Nahverkehr, z.B. Reaktivierung der „Almetalbahn“ nach Büren.
- Radschnellwege auf- und ausbauen.
- E-Bike-Ladestationen sind flächendeckend auszubauen.
- Angebote ausbauen für ein elektrisch unterstütztes E-Bike („Pedelec“), dies sorgt für bequeme absolvierbare Tagesetappen.
- Ein stetig wachsender Teil sind Menschen mit Einschränkungen und Unterstützungsbedarf die individuelle und gezielte barrierefreie Urlaubs- und Ausflugsangebote bedürfen.

Kreislaufwirtschaft

Langfristiges Ziel ist eine echte Kreislaufwirtschaft, die ihrem Namen auch gerecht wird. In einer Kreislaufwirtschaft werden Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast, wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt. In der Praxis bedeutet dies, dass Abfälle auf ein Minimum reduziert werden. Am Ende des Produktlebenszyklus bleiben die Ressourcen und Materialien so weit wie möglich in der Wirtschaft.

Wir wollen, dass die Entsorgung von Abfällen in der Müllverbrennungsanlage Bielefeld auf ein Minimum beschränkt und perspektivisch überflüssig wird. Denn eine End-of-pipe-Technologie wie Müllverbrennung und eine Kreislaufwirtschaft schließen sich auf Dauer aus.

In der Abfallwirtschaft und beim Recycling waren wir GRÜNE im Kreis Paderborn immer eine treibende Kraft und wollen das auch in Zukunft bleiben. Als wir GRÜNE vor mehr als zehn Jahren angeregt haben, den „gelben Sack“ durch eine Wertstofftonne zu ersetzen, stieß das anfangs auf wenig Begeisterung. Die Idee hat sich aber letztlich durchgesetzt. In den Verhandlungen mit den Verwertern müssen die Kommunen jetzt allerdings deutlich höhere Recyclingquoten für die Wertstoffe aus der „gelben Tonne“ durchsetzen. Und auch der Einsatz von Recycling-Baustoffen muss im Kreis Paderborn verbessert werden.